



60. Sitzung, Donnerstag, 22.02.2024

—

Magdeburg, Landtagsgebäude

Eröffnung 3

Tagesordnungspunkt 2

Aktuelle Debatte

Und wo bleibt die Gerechtigkeit? - Die Anerkennung von erworbenen DDR-Rentenansprüchen muss erfolgen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/3743**

Monika Hohmann (DIE LINKE).....	3
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung).....	5
Wulf Gallert (DIE LINKE).....	7
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung).....	8
Monika Hohmann (DIE LINKE).....	8
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung).....	8
Tobias Krull (CDU).....	9
Monika Hohmann (DIE LINKE).....	11
Tobias Krull (CDU).....	11
Daniel Rausch (AfD).....	12
Konstantin Pott (FDP).....	15

Monika Hohmann (DIE LINKE).....	17
Konstantin Pott (FDP).....	17
Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE).....	17
Dr. Katja Pähle (SPD).....	19
Guido Kosmehl (FDP).....	22
Dr. Katja Pähle (SPD).....	22
Jörg Bernstein (FDP).....	22
Dr. Katja Pähle (SPD).....	23
Jörg Bernstein (FDP).....	23
Dr. Katja Pähle (SPD).....	23
Jörg Bernstein (FDP).....	24
Monika Hohmann (DIE LINKE).....	24

Tagesordnungspunkt 31

Aktuelle Debatte

Faeser-Putsch gegen unsere Grundrechte - Warum die von der Bundesinnenministerin angekündigten 13 Maßnahmen keine Instrumente der wehrhaften Demokratie sind, sondern die Axt an die Grundlagen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung legen

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 8/3756**

Oliver Kirchner (AfD).....	25
Dr. Tamara Zieschang (Ministerin für Inneres und Sport).....	30

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD)	32	Rüdiger Erben (SPD)	41
Dr. Tamara Zieschang (Ministerin für Inneres und Sport).....	33	Jan Scharfenort (AfD)	42
Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD)	34	Rüdiger Erben (SPD)	42
Dr. Tamara Zieschang (Ministerin für Inneres und Sport).....	34	Henriette Quade (DIE LINKE).....	42
Frank Otto Lizureck (AfD)	34	Christian Mertens (AfD)	46
Dr. Tamara Zieschang (Ministerin für Inneres und Sport).....	35	Guido Kosmehl (FDP)	47
Frank Otto Lizureck (AfD)	35	Sebastian Striegel (GRÜNE).....	49
Gordon Köhler (AfD).....	36	Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD)	53
Dr. Tamara Zieschang (Ministerin für Inneres und Sport).....	37	Sebastian Striegel (GRÜNE).....	53
Rüdiger Erben (SPD)	37	Chris Schulenburg (CDU).....	54
Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD)	40	Oliver Kirchner (AfD)	57
		Schlussbemerkungen	59

Beginn: 9 Uhr.

Eröffnung

Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 60. Sitzung des Landtages der achten Wahlperiode. Ich begrüße Sie ganz herzlich und wünsche Ihnen einen guten Morgen.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit fest.

Wir setzen jetzt die 28. Sitzungsperiode fort. Heute stehen zwei Aktuelle Debatten auf der Tagesordnung, und zwar unter den Punkten 2 und 31.

Bevor wir in die Debatten einsteigen, möchte ich darauf aufmerksam machen - Sie alle wissen es -, dass wir heute spätestens um 12 Uhr die Sitzung beenden. Da der Festakt nachher im Plenarsaal stattfindet, sollte bitte jeder seine gesamten Sachen mitnehmen, sodass der Saal festakttauglich ist. Ich bitte also darum, dass niemand persönliche Dinge oder Unterlagen zurücklässt, wie wir das sonst während der Sitzungsperiode immer handhaben können.

Alle sind bereit. Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 2

Aktuelle Debatte

Und wo bleibt die Gerechtigkeit? - Die Anerkennung von erworbenen DDR-Rentenansprüchen muss erfolgen

Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 8/3743

Wir gehen nach dem üblichen Schema vor: zehn Minuten Redezeit für jede Fraktion und auch für die Landesregierung. Zunächst hat für die Antragstellerin Frau Hohmann das Wort.
- Frau Hohmann, bitte.

(Beifall)

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ankündigung eines Härtefallfonds für DDR-Renten hat damals riesige Hoffnungen geweckt. Die Ernüchterung folgte natürlich sehr schnell.

Seit Dezember 2022 hat meine Fraktion das Thema Rentengerechtigkeit und Härtefallfonds regelmäßig im Landtag auf die Tagesordnung setzen lassen - sei es durch Anfragen oder Anträge -, und zwar insgesamt elfmal. Damit wollten wir das kleine Zeitfenster zum Härtefallfonds, das durch den Bund geöffnet wurde, nicht ungenutzt lassen. Dabei ging es uns um Spätaussiedler, jüdische Zuwanderer und Menschen, die bei der Ost-West-Rentenüberleitung Benachteiligungen erfahren haben.

Das Land Sachsen-Anhalt sollte in einem ersten Schritt dem durch den Bund eingerichteten Härtefallfonds beitreten, um die Einmalzahlung für bedürftige Rentnerinnen und Rentner deutlich anzuheben, nämlich zu verdoppeln. Ebenfalls forderten wir den Bundesgesetzgeber auf, endlich abzusichern, dass Arbeit und Leben in der DDR genauso viel wert sind wie in der alten Bundesrepublik.

(Beifall bei der LINKEN)

Die nach wie vor bestehenden Ungerechtigkeiten widersprechen der Würdigung ost-

deutscher Lebens- und Arbeitsleistungen. Erst durch die Anerkennung ihrer Zusatzansprüche würden viele ehemalige Facharbeiterinnen und Facharbeiter auf Augenhöhe mit Renten für vergleichbare Berufsgruppen im Westen kommen. Deshalb ging es nicht allein um Armutsbekämpfung durch einen Härtefallfonds für lediglich einen Bruchteil der Betroffenen, wie ihn die Bundesregierung plante, sondern ebenso um die Schaffung eines deutlich umfangreicheren Gerechtigkeitsfonds.

Was können wir heute nach gut einem Jahr bilanzieren? - Sachsen-Anhalt ist der Stiftung Härtefallfonds nicht beigetreten. Das Ergebnis des Prüfauftrages in Bezug auf das Ansinnen, der Stiftung beizutreten, aus dem Alternativantrag der Koalitionsfraktionen vom Dezember 2022 steht wahrscheinlich noch aus, zumindest ist mir noch kein Prüfergebnis bekannt.

Unsere Änderungsanträge zu den Haushaltsplanentwürfen für die Jahre 2023 und 2024, in denen wir einen entsprechenden Haushaltsartikel mit der finanziellen Untersetzung für einen Härtefallfonds forderten, wurden im Sozial- und im Finanzausschuss sowie im Plenum abgelehnt.

Meine Anfragen zum Härtefallfonds beantwortete der Ministerpräsident stets damit, dass es keinen Alleingang von Sachsen-Anhalt geben solle, sich die Ministerkonferenz der ostdeutschen Länder dazu noch verständigen werde und es noch nicht zu einer abschließenden Lösung gekommen sei. Trotzdem sind von den sechs ostdeutschen Bundesländern drei der Stiftung Härtefallfond beigetreten. Das sind Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Berlin. Weitere zwei Bundesländer, nämlich Hamburg und Bremen, sind ebenfalls der Stiftung beigetreten.

Ich sage dazu nur so viel: Ein Alleingang von Sachsen-Anhalt wäre hierbei nicht zu verzeichnen gewesen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Nach 34 Jahren stehen wir noch immer am Anfang dieser Ungerechtigkeiten, weil Bund und Länder sich nicht einigen können, und das, obwohl in den Koalitionsverträgen - schaut man im Bund oder auch in Sachsen-Anhalt - immer wieder eine Lösung in Aussicht gestellt wurde. Mittlerweile sind viele Betroffene und leider auch gegenwärtige Antragsteller, die eine Zusage auf ihren Antrag erhalten haben, bereits verstorben und der Kreis wird immer kleiner. Man könnte meinen, dass die Verantwortlichen in Bund und Ländern eine biologische Klärung bevorzugen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wie Sie wissen, wurde die Antragsfrist für den Härtefallfonds bis zum 31. Januar 2024 verlängert, da die Antragstellung sehr schleppend verlief. Von der prognostizierten Anzahl der Personen aus der Ost-West-Rentenüberleitung in Sachsen-Anhalt - die Landesregierung ging damals von 10 728 aus - haben insgesamt 2 181 Betroffene einen Antrag gestellt. Davon wurden bisher 93 positiv entschieden und 251 abgelehnt. Bei den Spätaussiedlern lag die Prognose der Landesregierung bei 1 859 Personen. Davon haben 1 048 Betroffene einen Antrag gestellt. Hier wurden 86 bewilligt und 258 Anträge abgelehnt. Bei den Kontingentflüchtlingen lautete die Prognose der Landesregierung 720 Personen, die antragsberechtigt seien. Hier gingen 1 008 Anträge ein - davon 33 Ablehnungen und 202 Zusagen. - Das alles ist der Stand vom 16. Februar 2022.

Auf Nachfrage hin bei der Stiftung Härtefallfonds, warum es gerade bei den Betroffenen zur Ost-West-Rentenüberleitung so viele Ab-

lehnungen gegeben hat, wurde mir mitgeteilt, dass der Hauptgrund die Höhe der Rente war - es waren 99 Anträge, die abgelehnt wurden -, dann war es die Berufsgruppenzugehörigkeit - es waren 76 Anträge, die abgelehnt wurden - und auch die Altersgrenze der Antragsteller war hierbei ursächlich zu nennen.

Die Zahlen aus Sachsen-Anhalt sind analog zum Bundestrend. Das heißt im Klartext, dass jede Menge Geld aus dem Härtefallfonds des Bundes nicht abgerufen wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Das heißt, es bleibt eine ganze Menge liegen. Das war auch unsere Befürchtung, als wir Ende September erstmalig die Zahlen für Sachsen-Anhalt abgefragt haben. Wir hätten also ruhig der Stiftung beitreten können.

Die Aussage unseres Ministerpräsidenten, dass wir mit dem Beitritt die Situation durch die Landesregierung anerkennen und damit die Bemühungen um gerechte Lösung beenden würden, kann so auch nicht nachvollzogen werden.

Der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst hat auf eine diesbezügliche Frage aus dem Petitionsausschuss - wir hatten dazu eine Petition - wie folgt geantwortet - ich zitiere -: Vereinbarungen und gesetzliche Regelungen, die im Falle eines Beitritts die Beendigung dieser Verhandlungen rechtlich erzwingen würden, sind nicht ersichtlich.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn also jetzt jede Menge Geld im Topf des Härtefallfonds liegen bleibt, bestünde noch einmal die Chance, auf Bundesebene über einen Gerechtigkeitsfonds zu verhandeln. Mein Blick geht in Richtung SPD, GRÜNE und auch FDP; denn sie

stellen die Ampelregierung in Berlin. Vielleicht finden Sie eine kluge Lösung, wie man das Geld anderweitig zur Verfügung stellen kann, damit wir hierbei zumindest ein wenig Gerechtigkeit erreichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir alle wissen, dass der Härtefallfonds nicht zu einer Befriedung der sozialen Härtefälle führt. Wir wissen auch, dass damit neue Ungerechtigkeiten geschaffen und die Anerkennung der Lebensleistungen Hunderttausender Rentner missachtet wurden; denn im Bund war die Rede von ca. 500 000 Rentnerinnen und Rentnern. Wenn Sie sich die Zahlen ansehen, dann sehen Sie, es ist erschreckend.

Wir wissen auch, dass 90 % der Betroffenen leer ausgingen. Deshalb muss es endlich um die Anerkennung der Lebensleistungen dieser Bürgerinnen und Bürger gehen. Wir brauchen eine Lösung für alle statt Almosen für wenige. Unsere Forderung heißt daher: Gerechtigkeitsfonds. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:

Vielen Dank, Frau Hohmann, für die Eröffnung der Aktuellen Debatte. - Jetzt spricht für die Landesregierung Frau Ministerin Grimm-Benne.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Das Problem der Überführungslücken bei der Rentenüberleitung von DDR-Recht in das bundes-

deutsche Rentenrecht war und ist immer wieder Thema im Hohen Hause, zuletzt während der Landtagssitzungen am 13. Dezember 2022 sowie am 13. Oktober 2023. Deshalb möchte ich zunächst auf diese verweisen, um nicht Gesagtes zu wiederholen.

Was wird also in der heutigen Aktuellen Debatte gefordert? - Doch eigentlich genau das, was die Landesregierung seit Jahren verfolgt. Es muss eine Regelung geben, um die Verzerrungen im Rentensystem zwischen West und Ost auszugleichen und um eine gerechte Lösung für die im Rahmen der Rentenüberleitung untergegangenen Rentenansprüche zu finden. Genau so steht es im Koalitionsvertrag der die Landesregierung tragenden Parteien.

Ja, es ist zutreffend: Sachsen-Anhalt ist trotz der Verlängerung der Antragsfrist und damit auch der Verlängerung der Möglichkeit des Beitritts zum Härtefallfonds diesem nicht beigetreten. Eben weil dieser Fonds in seiner Ausgestaltung den Forderungen der Betroffenen nicht gerecht wird, würde ein Beitritt wahrscheinlich kaum zu weiteren positiven Bescheiden führen.

Die geringe Anzahl der Bewilligungen resultiert vermutlich aus den zu strengen Zugangskriterien. So kommen bspw. für eine Einmalzahlung nur Rentnerinnen und Rentner infrage, die nicht mehr als 830 € monatliche Rente beziehen. Bei den meisten Betroffenen geht es aber um Zusatzansprüche wie etwa bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ehemaligen Reichsbahn.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Schauen wir uns nur die Zahlen zum Härtefallfonds für unser Land an, so sind von den mit Stand vom 31. Januar 2024 - Frau Hohmann hat es schon gesagt - insgesamt 2 181 ein-

gegangenen Anträgen 344 durch die Stiftung Härtefallfonds des Bundes bearbeitet worden. Und ja, lediglich 93 Anträge wurden bewilligt. 251 Anträge wurden mithin abgelehnt. Die Bewilligungsquote liegt damit bei ca. 30 %.

Unser Land ist aber kein Ausreißer. Auch in den anderen neuen Bundesländern ist die Zahl der bewilligten Anträge ähnlich. In Thüringen erfolgten bis zum 31. Januar 2024 lediglich 75 Bewilligungen, in Mecklenburg-Vorpommern 91, in Brandenburg 45, in Berlin 21 und selbst im bevölkerungsreichsten Bundesland Sachsen lediglich 155.

So ist es nicht verwunderlich, dass sogar Betroffenenvertretungen wie der Runde Tisch Rentengerechtigkeit e. V. es im Petitionsausschuss begrüßt haben, dass die Landesregierung die Leistungen aus dem Härtefallfonds in der bestehenden Fassung nicht mitträgt.

Die Position der Landesregierung zur Anerkennung von DDR-Rentenansprüchen und zur teilweisen Umsetzung durch die Stiftung des Bundes zur Abmilderung von Härtefällen aus der Ost-West-Rentenüberleitung hat sich nicht geändert. Die Ausgestaltung der Stiftung Härtefallfonds des Bundes wird von der Landesregierung auch in der Rückschau immer noch kritisch gesehen. Dies betrifft die finanzielle Ausstattung, die vom Bund im Haushalt 2023 von 1 Milliarde € auf 500 Millionen € reduziert wurde.

Dies betrifft auch die vom Bund geforderte Beteiligung der Länder, um die Lücke zu füllen. Zudem haben die Kriterien für eine Anspruchsberechtigung dazu geführt, dass bei Weitem nicht alle betroffenen Gruppen erreicht wurden. Auch ist zu hinterfragen, ob eine Einmalzahlung die richtige Lösung sein könnte, um die Härtefälle adäquat zu würdigen.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Daher muss es weiterhin das Bestreben sein, eine Lösung zu finden, die auch andere Personengruppen als in der bisherigen Konstruktion des zum 31. Januar 2024 ausgelaufenen Härtefallfonds berücksichtigt.

Ergänzend wird nochmals darauf hingewiesen, dass die Landesregierung den Bund weiterhin in der rentenrechtlichen Nachregulierungspflicht sieht. Damit ist auch gemeint, dass die ostdeutschen Länder aktuell noch immer 50 % der Leistungen nach dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz übernehmen, obwohl die ostdeutschen Bundesländer nicht die Rechtsnachfolger der DDR sind.

Im Falle Sachsen-Anhalts handelt es sich jährlich um ca. 425 Millionen €. Mit dieser bereits bestehenden Belastung ist es dem Land nicht möglich, weitere Lasten zu tragen, für die keine Rechtsverpflichtung besteht. Hierzu sei mir der Hinweis auf die bereits erwähnte Sitzung des Petitionsausschusses erlaubt. Genau dies ist auch vom Runden Tisch Rentengerechtigkeit e. V. vorgetragen worden.

Vor dem Hintergrund ihrer sehr angespannten Haushaltslagen haben die ostdeutschen Länder ein großes Interesse an der Weiterführung dieses Prozesses, in dem sich der Bund zu seiner alleinigen Verantwortung für alle Betroffenen bekennt, die durch die Rentenüberleitung nicht vorhersehbare Nachteile erlitten haben.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Wie bereits ausgeführt, sieht die Landesregierung eine bessere Lösung in der Schaffung eines Fonds, der auch andere Personengruppen als in der bisherigen Konstruktion berücksichtigt.

Dabei wäre, wie bereits angeklungen, insbesondere auch zu prüfen, ob eine Einmalzahlung eine richtige und eine gerechte Lösung sein kann. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD und von Tobias Krull, CDU)

Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Es gibt zwei Fragen, zunächst eine von Herrn Gallert und dann eine von Frau Hohmann. - Herr Gallert, bitte.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Frau Ministerin, Sie haben jetzt nicht zum ersten Mal begründet, dass man dem Härtefallfonds aus Prinzip nicht beigetreten ist, weil es zu wenig oder zu schlecht wäre.

Das Problem besteht nur darin, dass der Umstand, dass das Land nicht beigetreten ist, in der Konsequenz dazu geführt hat, dass diejenigen, die überhaupt etwas bekommen haben, nur die Hälfte von dem bekommen haben, was sie z. B. in Thüringen bekommen hätten. Ihre Verärgerung darüber, dass der Bund hierbei nicht ordnungsgemäß handelt, ist doch für die Betroffenen völlig ergebnislos. Sie bekommen auch jetzt gar nichts.

Die Landesregierung hat gesagt: Wir finden das nicht gut; für die Betroffenen kommt dabei gar nichts heraus, und diejenigen, die etwas bekommen, bekommen nur die Hälfte von dem, was andere in den Ländern, die beigetreten sind, bekommen.

Ich verstehe nicht, inwiefern Ihre Haltung gegenüber den Betroffenen eine reale Hilfe darstellen soll. Oder denken Sie wirklich, dass Sie in irgendeiner Art und Weise auf der Ebene des Bundes noch etwas für die Betroffenen reißen können, oder daran, ein eigenes Landesprogramm aufzusetzen? Das habe ich nicht verstanden.

Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:

Frau Ministerin.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung):

Ich habe die Auffassung der Landesregierung hier vorgetragen.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Das war eine konkrete Frage! - Zuruf von Wulf Gallert, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:

Frau Hohmann.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich habe eine Anmerkung und eine Frage. Die Anmerkung. In der Sitzung des Petitionsausschusses gingen die Vertreter des Runden Tisches davon aus, dass sich, wenn das Land Sachsen-Anhalt der Stiftung Härtefallfonds beiträgt, dann alles erledigt hat. Deshalb haben wir den Gesetzgebungs- und Beratungsdienst damit beauf-

tragt, zu prüfen, ob es auch wirklich so ist. Er hat uns bestätigt: Es ist nicht so. Deshalb werden wir diesbezüglich im Petitionsausschuss weiter diskutieren.

Meine Frage geht dahin - ich habe es in meiner Rede erwähnt -: Es gab im Dezember 2022 den Alternativantrag der Koalitionsfraktionen, mit welchem die Landesregierung beauftragt worden ist, zu prüfen, ob das Land der Stiftung beitreten könne. Aber ich habe leider das Ergebnis dazu nirgendwo lesen oder sehen können. Deshalb meine Frage: Was ist aus dem Prüfauftrag geworden und wo kann man das Ergebnis nachlesen?

Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:

Frau Ministerin.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung):

Die Entscheidung ist gefallen, als wir die Frist hinsichtlich des Beitrittes zu der Stiftung haben verstreichen lassen.

Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:

Vielen Dank, Frau Grimm-Benne. - Wir fahren in der Aktuellen Debatte fort. Herr Abg. Krull wird für die CDU-Fraktion sprechen.

Ich habe soeben die Mitteilung erhalten - nur damit sich niemand wundert -, dass Frau Weidinger leider krankgemeldet ist und deswegen an der heutigen Sitzung nicht weiter teilnehmen kann. - Herr Krull, bitte.

Tobias Krull (CDU):

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Das Thema Härtefallfonds für Ost-Rentnerinnen und -Rentner im Rahmen der Rentenüberleitung, für jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer sowie für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler hat uns bereits mehrfach im Hohen Hause beschäftigt. Das wurde bereits erläutert.

Als Erstes betone ich, dass das Rentenrecht Bundesrecht ist. Es muss also auf dieser Ebene geregelt werden. Damit liegt die Verantwortung zur Lösung der Herausforderungen im Rentenrecht auf dieser politischen Ebene. Dass Länder herangezogen werden und auf diesem Themenfeld aktiv werden müssen, ist politisch gesehen mehr als fraglich.

Entsprechend haben sich auch die Regierungschefinnen und die Regierungschefs der ostdeutschen Bundesländer in ihrem Beschluss im April 2019 geäußert. Der letzte Satz darin lautet: „Die Regierungschefs der ostdeutschen Länder erwarten, dass ein Härtefallfonds zur Rentenüberleitung allein vom Bund finanziert wird.“

Bei allem Guten, was der Vertrag zur Deutschen Einheit gebracht hat, muss man klar feststellen, dass er beim Rentenrecht strukturell versagt hat. Möglicherweise lag es auch an der Komplexität des DDR-Rentensystems. So gab es 17 Zusatzrentensysteme, z. B. für die Beschäftigten von Post und Bahn, aber auch die sogenannte Ballettrente. Nur sieben von diesen wurden nach entsprechenden Gerichtsentscheidungen in das bundesdeutsche Rentensystem überführt. Das führte zu subjektiven und objektiven Ungerechtigkeiten.

Dazu kamen Initiativen, wie die für die zu DDR-Zeiten geschiedenen Frauen. Diese sehen sich als ungerecht behandelt an, weil es - anders als in der damaligen BRD - in der DDR nicht zu einem Ausgleich bei unterschiedlichen Rentenansprüchen der ehemaligen Eheleute gekommen ist.

Die vorläufig letzte unionsgeführte Bundesregierung wollte in Härtefällen im Rentenrecht helfen, um die Würdigung der jeweiligen Lebensleistung zu ermöglichen. Ich gebe zu, dass Versäumnisse korrigiert werden sollten, die bis dahin die unionsgeführten Bundesregierungen nicht gelöst haben. Damals war es vorgesehen, dass hierfür eine Summe von 1 Milliarde € bereitgestellt wird.

Dann kam die aktuelle Ampelkoalition in die Verantwortung und die Summe wurde auf 500 Millionen € gekürzt, also um die Hälfte.

(Dr. Katja Pähle, SPD, seufzt)

Gleichzeitig wurden die Länder aufgefordert, die gleiche Summe bereitzustellen. - Frau Dr. Pähle, Sie können dazu ruhig Ihren Missmut ausdrücken, aber die Summen stimmen nun einmal.

(Wulf Gallert, DIE LINKE: Es gibt ja auch nicht so viel!)

Nur wenige Länder haben sich an dem Härtefallfonds beteiligt. Das heißt, die Höhe einer bundesgesetzlichen Regelung richtet sich nach dem Wohnort des Betroffenen. Das ist aus meiner Sicht eine Tatsache, die weder sinnvoll noch beispielgebend sein sollte.

Als wir im Landtag zum Thema Härtefallfonds beraten haben, wurde ein Prüfauftrag be-

schlossen. Das klang bereits mehrfach an. Schlussendlich gab es die Entscheidung dagegen und sie war wohlbegründet. Dabei spielten die unklaren finanziellen Belastungen für den Landeshaushalt genauso eine Rolle wie die Frage, ob es sinnvoll ist, dass hierbei das Land Leistungen übernehmen soll, die eindeutig der Bund in seiner Verantwortung hat. Außerdem gab es Skepsis bezüglich der administrativen Rahmenbedingungen bei der Antragstellung.

Dass diese Vorbehalte berechtigt waren, zeigt die Anzahl der tatsächlichen Antragstellerinnen und Antragsteller. Das hatte zwischenzeitlich wohl auch der Bund erkannt; so wurde die Frist für die Antragstellung bis zum 31. Januar dieses Jahres verlängert.

Die Anzahl der Anträge aus dem Bereich der Ost-Rentnerinnen und Ost-Rentner ist relativ gering, wenn man dabei in Betracht zieht, dass dieser Kreis vermutlich rund 500 000 Menschen umfasst. Noch geringer ist der Anteil derjenigen, die tatsächlich die Einmalzahlungen erhalten.

Es handelt sich um einen Härtefallfonds, so dass nur diejenigen Leistungen erhalten, die einen Anspruch auf eine monatliche Rente von weniger als 830 € haben. Dieser Betrag liegt deutlich unter der durchschnittlichen ost-deutschen Rente in Höhe von 1 400 €.

Die Bewilligungsquote liegt bei den jüdischen Kontingentflüchtlingen deutlich höher. Das hat mehrere Gründe. Zum einen unterstützen häufig die jüdischen Gemeinden vor Ort die Antragstellung. Dadurch werden fast ausschließlich Anträge gestellt, die tatsächlich Erfolgsaussichten haben. Außerdem werden bei diesem Personenkreis nur Rentenansprüche berücksichtigt, die nach der Einreise in die

Bundesrepublik Deutschland erworben wurden. Das ist z. B. bei den Spätaussiedlern anders. Damit greifen in diesem Bereich natürlich häufiger die Härtefallregelungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist noch einmal deutlich zu machen: Jedes Einzelschicksal der Betroffenen verdient Anerkennung und Würdigung. Als Landesparlament sind unsere Kompetenzen im Rentenrecht faktisch nicht vorhanden. Daher können und müssen wir uns zwar mit dieser Thematik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger beschäftigen, aber eine nachhaltige Änderung fällt uns an der Stelle aufgrund der Zuständigkeitsfragen nicht anheim.

Was wir aber tun können und auch müssen, ist, darauf hinzuweisen, dass es unabhängig von der Diskussion zum Härtefallfonds beim Thema Renten weiteren Reformbedarf gibt. Zum 1. Juli 2023 ist die Anpassung der Rentenwerte von Ost und West erfolgt.

Gleichzeitig sind die anderen Säulen der Altersvorsorge, also die private Rentenvorsorge und die betriebliche Altersvorsorge, gegenüber den gesamten alten Bundesländern in unserem Bundesland noch deutlich weniger ausgeprägt vorzufinden.

Gleichzeitig bewegt sich der Bundeszuschuss zur Rentenkasse zwischen 22 % und 24 % der Leistungen der Rentenkasse, also rund 100 Milliarden €; zumeist um die sogenannten rentenversicherungsfernen Leistungen, wie die Mütterrente oder die Leistungen für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, abzudecken, denen keine Zahlungen in die Rentenkasse gegenüberstehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!
Der erste Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer

hatte mit vielem recht, mit einer Annahme leider nicht, nämlich dass die Menschen immer Kinder bekommen werden. Es ist eine Reform der Altersvorsorge aufgrund der demografischen Entwicklung in unserem Land notwendig, damit die Menschen ihren wohlverdienten Ruhestand nicht nur heute, sondern auch in Zukunft genießen können.

Derzeit gibt es dazu unterschiedliche Diskussionen, bis hin zu der Frage, ob man die Renteneintrittsalter dynamisch an die Verlängerung der Lebenserwartung anpasst oder denjenigen, die nach dem Renteneintritt weiter arbeiten, besondere steuerliche Vorteile gewährt.

Das Thema wird heute also garantiert nicht zum letzten Mal im Hohen Hause aufgegriffen werden, sondern wir werden dazu noch viele spannende und interessante Debatten haben.

(Zustimmung bei der CDU - Eva von Angern, DIE LINKE: Mit Sicherheit! Wir bleiben da dran!)

Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:

Herr Krull, fertig? - Dann kann Frau Hohmann ihre Frage stellen. - Ich entnehme Ihrer Gestik, dass Sie diese auch zulassen wollen. - Frau Hohmann, bitte.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Recht schönen Dank, Frau Präsidentin. - Es ist schon bemerkenswert, wie unterschiedlich die CDU im Bund und in den Ländern argumentiert. Ich weiß, auf der Ebene des Bundes hat die CDU-Bundestagsfraktion mehrere Anträge

zu dem Härtefallfonds gestellt, weil sie damit unzufrieden war. Hier im Land wird das natürlich wieder umgekehrt: Wir können ja nicht anders. In den Ländern und im Bund - je nachdem, wo die CDU mitregiert oder nicht mitregiert - liegen die Dinge anders. Aber das ist nicht mein eigentliches Thema.

Ich habe vorhin gesagt, dass in dem Bundesfonds jede Menge Geld liegen bleiben wird. Könnten Sie sich denn vorstellen, eine Bundesratsinitiative einzubringen, um vielleicht doch noch einmal dahin gehend zu appellieren, dass die Mittel nicht verfallen bzw. ggf. auch erhöht werden, um den Härtefallfonds wirklich zu einem Gerechtigkeitsfonds zu machen? Denn im Landtag sind Sie mit in der Regierung und hätten die Möglichkeit, dahin gehend etwas zu unternehmen.

Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:

Herr Krull, bitte.

Tobias Krull (CDU):

Vielen Dank für die Frage. Folgende Vorbemerkung: Wir sind eine Volkspartei.

(Lachen bei der AfD)

Daher gibt es auch einmal unterschiedliche Auffassungen. Dass wir als Landes-CDU manchmal eine andere Auffassung vertreten als die Bundes-CDU, bei größtmöglicher Deckungsgleichheit, ist an der Stelle eine natürliche Sache.

(Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE - Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Gott sei Dank!)

Ich glaube, das soll es auch bei anderen Organisationen geben. Das ist meine Wahrnehmung gewesen.

Bevor wir über die Einrichtung eines Gerechtigkeitsfonds diskutieren, muss die Frage gestellt werden: Wie viel Geld bleibt tatsächlich übrig? - Wir haben die Antragstellung, die Bearbeitung läuft an der Stelle ja bereits. Das bleibt also noch abzuwarten.

Zur Frage eines Gerechtigkeitsfonds. Wenn wir einen Gerechtigkeitsfonds aufstellen, der mit ähnlichen bürokratischen Hindernissen, mit relativ geringen Summen auf den Weg gebracht wird, dann kann man nur sagen: Es macht keinen Sinn.

Das heißt erstens, es bleibt abzuwarten, wie viel Geld übrig bleibt. Zweitens. Einen Fonds aufzulegen, macht nur Sinn, wenn genug Geld bereitgestellt wird, sodass die Erwartungshaltung zumindest zum Teil befriedigt werden kann und ein solcher Fonds nicht - ich möchte nicht sagen: eine Nullnummer wird - deutlich hinter den Erwartungen zurückbleibt, wie es bei dem aktuellen Härtefallfonds der Fall ist.

Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:

Herr Krull, vielen Dank. - Herr Kurze, Sie haben sich erst nach dem Ende des Debattenbeitrages gemeldet.

(Guido Heuer, CDU: Nein, das stimmt nicht! Das habe ich aber gesehen!)

- Also, wir sitzen hier zu dritt.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben noch mehrere Debattenbeiträge. Vielleicht ergibt es sich, dass man diese Frage woanders unterbringt.

(Tobias Rausch, AfD: Er kann doch seinen eigenen Kollegen nicht interviewen! Das gibt es doch gar nicht! Das ist sein eigener Fraktionskollege!)

Wir haben eine Aktuelle Debatte. Wir haben keine Antragsberatung oder Beratung über Gesetzentwürfe. - Herr Rausch ist der nächste Redner.

(Beifall bei der AfD)

Daniel Rausch (AfD):

Werte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Und wo bleibt die Gerechtigkeit? - Das ist eine gute Frage.

Die jetzt vorhandenen Ungerechtigkeiten sind bereits im Einigungsvertrag geschaffen worden. Warum wurden die 27 Zusatzrentensysteme der DDR nicht in das bundesdeutsche Rentensystem überführt? Und warum brauchte man erst Gerichtsentscheidungen, um zumindest zehn Zusatzrentensysteme anzuerkennen? Für die restlichen 17 Zusatzrentensysteme sollten andere Regelungen gefunden werden. Aber diese anderen Regelungen wurden eben bis heute nicht gefunden.

Wo sind die Beiträge der Einzahler in die Zusatzrente geblieben? Sind die Gelder in die bundesdeutsche Rentenkasse überführt worden oder was ist damit passiert? Denn eines ist klar: Derjenige, der die Gelder eingezogen hat, steht in der Pflicht, entsprechende Leistungen auszuführen.

(Beifall bei der AfD)

Die Werk­tätigen, die damals in die Zusatzrente eingezahlt haben, haben naturgemäß einen Anspruch auf eine spätere Auszahlung. Wenn sich das System ändert und man keine Übertragung in das bundesdeutsche Rentenrecht wollte, dann müssten die Kassen aufgelöst und die Einzahler nach einem zu ermittelnden Schlüssel ausbezahlt werden; das alles ist nicht passiert. Die Fehler wurden gemacht. Aber 34 Jahre nach der Wiedervereinigung ist es einfach zu spät, um Gerechtigkeit zu schaffen.

Werte LINKE! Aber spätestens zu dem Zeitpunkt, als Sie, damals noch als PDS, im Jahr 1994 hier in Sachsen-Anhalt mit dem Magdeburger Modell einen nicht geringen Einfluss auf die Landesregierung hatten, hätten Sie darauf drängen müssen, dass die Landesregierung sich in Berlin dafür einsetzt, die Ungerechtigkeiten bei der Rentenfrage zu klären.

(Lothar Waehler, AfD: So ist es!)

Damals waren erst vier Jahre vergangen. Aber heute, nach 34 Jahren, fordern Sie Gerechtigkeit.

(Lothar Waehler, AfD: Scheindebatte!)

Dass der Härtefallfonds keine Gerechtigkeit bei der Frage schaffen konnte, war von vornherein klar.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Das sagt schon der Name. Es sollen soziale Härten abgefedert werden. Aber der Härtefallfonds ist schon so angelegt worden, dass neue Ungerechtigkeiten geschaffen werden. Wie kann es sein, dass der Wohnort darüber

entscheidet, welche Auszahlungen ich am Ende bekomme? Gibt es jetzt Anspruchsberechtigte erster und zweiter Klasse?

Die Bürger fragen sich zu Recht: Warum bekomme ich in Berlin oder in Hamburg die doppelte Summe, nämlich 5 000 €, und in Sachsen-Anhalt eben nur 2 500 €? Ja, wir alle wissen, warum das so ist. Aber es ist dem Bürger nicht zu erklären, weil es eben ungerecht ist.

Am 15. Dezember 2022 diskutierten wir hier im Plenum über dieses Thema und der Alternativantrag der Koalition wurde beschlossen; das wurde schon mehrfach gesagt. Damit hatte die Koalition einen Prüfauftrag zum Beitritt Sachsen-Anhalts zum Härtefallfonds beschlossen. Das Ergebnis ist bekannt. Und somit bekommen die Rentner in Sachsen-Anhalt eben nur 2 500 €.

Jetzt, nach dem Antragsschluss und nach ersten Entscheidungen über die Bewilligung, kann man sehen, dass die Zahl der eventuell eingehenden Anträge zu hoch eingeschätzt worden ist. In Sachsen-Anhalt wurden 2 181 Anträge gestellt. Von den bisher entschiedenen 344 Fällen wurden 93 Anträge bewilligt und 251 Anträge abgelehnt. Die Zahlen wurden schon genannt. Das heißt, die Quote der bewilligten Anträge liegt bei ca. 30 %.

Jetzt meine Überschlagsrechnung: Wenn bei 2 181 Antragstellern die Bewilligungsquote bei 30 % liegt, dann sind 654 Bewilligungen zu erwarten. Diese 654 Bewilligungen mal 2 500 € ergeben eine Summe in Höhe von 1,6 Millionen €. Das wäre also eine weitaus geringe Summe als ursprünglich angenommen.

Selbst wenn wir mit einer Bewilligungsquote von 100 % rechnen würden, kämen wir auf 5 bis 6 Millionen €. Das wäre also, wie gesagt,

eine weitaus geringere Summe als angenommen. Das würde möglicherweise bedeuten, dass die Einlage des Fonds bei Weitem nicht gebraucht wird.

Jetzt gilt es, die Anträge zügig abuarbeiten und Entscheidungen zu treffen. Da man natürlich im laufenden Prozess die Rahmenbedingungen nicht ändern kann, muss der Fonds erst einmal abgearbeitet werden. Danach muss analysiert werden, wie viel Geld übrig bleibt und ob es noch weitere Spielräume gibt.

Nach meinen grob überschlägigen Berechnungen sollte Geld übrig sein. Dieses und weiteres Geld kann man dann einsetzen, um einen Härtefallfonds 2.0 aufzulegen. Als Gerechtigkeitsfonds würde ich ihn nicht bezeichnen; denn Gerechtigkeit wird es in diesen Fällen nicht geben.

Wie gesagt, 34 Jahre nach der Wiedervereinigung ist es unmöglich, allen gerecht zu werden. Dann muss über die neuen Zugangsbedingungen gesprochen werden, insbesondere über die 830-€-Grenze. Hier sollten sich alle Akteure an einen runden Tisch setzen und über umsetzbare und realistische Möglichkeiten diskutieren, vor allen Dingen über realistische Möglichkeiten.

Bei all diesen Problemen darf man natürlich auch die zukünftigen Rentner nicht aus den Augen verlieren. Die Rente muss zum Leben reichen. Das ist eine Kernforderung der AfD.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Dafür braucht es Zuwanderung! - Zuruf von Nadine Koppehel, AfD)

Mit der Agenda 2010 hat die damalige rot-grüne Regierung dafür gesorgt, dass das

Rentalter heraufgesetzt und das Rentenniveau immer weiter abgesenkt wurde.

(Oliver Kirchner, AfD: So ist es!)

Die CDU und die FDP haben das immer mitgetragen. Und mit der schrittweisen Senkung der Witwenrenten verschärft sich dieses Problem noch weiter. In Deutschland sind mehr als 1 Million Rentner in der Grundsicherung. Mindestens 10 Millionen Vollzeitbeschäftigte verdienen so wenig, dass sie später in die Grundsicherung fallen werden. Das ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der AfD)

Wir müssen unsere Rentenkassen fit machen. Das wurde auch schon gesagt. Das bedeutet als Erstes: Wir brauchen mehr Einzahler. Auch wir als Politiker sollten mit gutem Beispiel vorangehen und in die Rentenkasse einzahlen.

Man sollte auch einmal die Frage stellen: Brauchen wir in Deutschland so viele Beamte? Wir sollten die Verbeamtungen auf hoheitliche Aufgaben beschränken. Auf diese Weise wird ein Großteil der künftigen Staatsbediensteten in die gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen und damit das Beitragsaufkommen enorm gesteigert.

Aber natürlich brauchen wir auch eine Lastengerechtigkeit zwischen Familien und Kinderlosen; denn es sind unsere Kinder, die unser aller Rente bezahlen.

Wir als AfD sind immer für Gespräche bereit und werden uns immer für ein gerechtes und stabiles Rentensystem einsetzen. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:

Vielen Dank, Herr Rausch. - Es folgt als nächster Redner Herr Pott.

Konstantin Pott (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Über die Anerkennung von erworbenen DDR-Rentenansprüchen sprechen wir hier im Landtag von Sachsen-Anhalt nicht zum ersten Mal. Bereits in der Sitzung am 15. Dezember 2022 stand das Thema auf der Tagesordnung und wir haben dazu einen Beschluss gefasst. Das wurde bereits mehrfach angesprochen und ich werde darauf auch im späteren Verlauf meiner Rede noch einmal zurückkommen.

Als Erstes möchte ich aber klarstellen, dass jede Lebensleistung unabhängig von der Berufs- und der Personengruppe zu würdigen ist. Das muss natürlich unabhängig davon sein, in welchem Teil Deutschlands die Menschen gearbeitet haben. Deshalb ist es sehr bedauerlich, dass durch die Wiedervereinigung bestimmte Lebensleistungen nicht ausreichend gewürdigt wurden.

(Zuruf von der LINKEN: Ja!)

Um die vorliegende Debatte zu den ost- und westdeutschen Renten besser verstehen zu können, möchte ich aber zunächst auf dem Hintergrund eingehen. Im Jahr 1991 ist das Gesetz zur Rentenüberführung verabschiedet worden. Das trat dann im Jahr 1992 in Kraft. Geregelt wurde damit die Überleitung der DDR-Renten in das Rentensystem der Bundesrepublik Deutschland. Das, was sich erst einmal einfach anhört, ist dann in der Praxis aber häufig leider nicht einfach.

Durch den Übergang kam es zu Benachteiligungen von ostdeutschen Bürgerinnen und Bürgern. 40 Jahre lang besaßen beide Teile Deutschlands ein eigenes Rentensystem. Während das System der DDR von Zusatz- und Sonderversorgungssystemen und von einer Grundrente geprägt war, war das Rentensystem der BRD eine leistungsbezogene und dynamische Alterssicherung. Es ist offensichtlich schwierig, das zu überführen und miteinander in Einklang zu bringen. Dazu kommt der zeitliche Druck, unter dem das damalige Gesetz entstanden ist.

Bereits im Jahr 1993 kam es zu ersten Klagen von einzelnen Berufsgruppen der ehemaligen DDR. Bis heute sind nicht alle Berufs- und Personengruppen vollumfänglich übergeleitet und berücksichtigt worden. Und auch heute ist die Debatte darüber noch nicht abgeschlossen, wie es der heutige Tagesordnungspunkt und die heutige Aktuelle Debatte zeigen. Betroffen sind bspw. nach DDR-Recht geschiedene Frauen, Arbeitnehmer der Reichsbahn, Balletttänzerinnen, Krankenschwestern oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Post.

Ein erster Schritt für die Betroffenen ist der Härtefallfonds, der von der jetzigen Bundesregierung auf den Weg gebracht worden ist. Ich möchte betonen, er ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber er darf auch nicht das Ende der Debatte sein. Der Härtefallfonds umfasst eine Einmalzahlung durch den Bund in Höhe von 2 500 € und ist an die Härtefälle der Rentenüberleitung Ost-West, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion gerichtet.

Um Anspruch auf die Einmalzahlung zu haben, müssen aber weitere Kriterien erfüllt sein, bspw. ein Rentenbezug von weniger als

830 € netto, geboren vor dem 2. Januar 1952 oder ein Rentenbeginn nach dem 31. Dezember 1996, welcher zusätzlich an weitere Kriterien geknüpft ist.

Neben der Einmalzahlung des Bundes gab es für die Bundesländer die Möglichkeit, einer eigens zu dem Zweck gegründeten Stiftung beizutreten. Damit hätten sich die Einmalzahlungen auf 5 000 € verdoppelt. Die zweite Hälfte muss bzw. müsste dann mit Landesmitteln finanziert werden. Ein Beitritt der Länder war bis zum 31. März 2023 möglich. Beigetreten sind der Stiftung die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Thüringen und Bremen.

Auch die Frist für die Antragstellung ist mittlerweile abgelaufen. Nach einer Verlängerung der Antragsfrist am 30. September 2023 war es möglich, bis zum 31. Januar 2024 Anträge für eine Einmalzahlung aus dem Härtefallfonds zu stellen.

Wie sind dann aber die Zahlen in Sachsen-Anhalt? - Die Zahl der gestellten Anträge ist gering. Das Maß der abgelehnten Anträge fällt aber recht hoch aus. Nur etwa jeder vierte Antrag wird genehmigt. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, da liegt ein zentrales Problem.

In den bereits geführten Debatten zum Thema Härtefallfonds brachten die Koalitionsfraktionen einen Alternativantrag ein, der unter anderem einen Prüfauftrag zum Beitritt zur Stiftung beinhaltete. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, so ehrlich bin ich an der Stelle: Ich finde es bedauerlich, dass man im Nachgang zu diesem Beschluss davon leider fast nichts mehr gehört hat und ich nicht weiß, wann, wie und mit welchem Ergebnis der Prüfauftrag abgeschlossen wurde.

(Zustimmung bei der FDP, von Stefan Gebhardt, DIE LINKE, und von Eva von Angern, DIE LINKE)

Klar ist der Härtefallfonds nicht die Lösung zur abschließenden Gerechtigkeit, falls es so etwas überhaupt gibt. Aber hier hätte ich mir zumindest mehr Transparenz gewünscht.

(Zustimmung von Andreas Silbersack, FDP)

Aus meiner Sicht ist der Härtefallfonds keine komplette Würdigung der Lebensleistung. Er ist aber ein Schritt in die richtige Richtung.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Anmerkung sei mir am Ende der Rede auch noch gestattet: Wir müssen auch schauen, dass das Rentensystem zukunftsfähig gemacht wird. Der demografische Wandel führt dazu, dass das umlagefinanzierte System an die Grenzen kommt. Wir wollen dort weitreichende Reformen. Die Kolleginnen und Kollegen im Bund und in Berlin arbeiten daran, dass wir zu mehr Kapitaldeckung und zu einer Aktienrente kommen.

(Zustimmung von Andreas Silbersack, FDP, und von Guido Kosmehl, FDP)

Das dürfen wir aus meiner Sicht aus der Debatte nicht komplett ausklammern; denn bei den Renten müssen wir auch die Zukunft im Blick haben und nach vorne schauen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:

Vielen Dank, Herr Pott. - Es gibt eine Nachfrage von Frau Hohmann. - Frau Hohmann bitte.

Und ich bitte darum, keine Telefonate im Plenum zu führen.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Herr Pott, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört. Stutzig wurde ich, als Sie erwähnten, dass die Debatte noch nicht beendet sei, also, dass das Ende der Debatte noch nicht erreicht sei. Deshalb meine Frage: Wissen Sie dann mehr als wir? Oder was soll ganz konkret noch passieren? Denn ich erinnere daran, dass die Rentnerinnen und Rentner, die praktisch von dieser Ungerechtigkeit betroffen sind, nun in einem sehr hohen Alter sind. Deshalb haben wir, glaube ich, auch nicht mehr die Zeit, um das noch ewig auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben. Deshalb meine Frage: Was planen Sie?

Konstantin Pott (FDP):

Ich meinte damit das, was ich auch in der Rede betont habe: Aus meiner Sicht kann der Härtefallfonds nicht die abschließende Lösung sein, sondern wir müssen nach weiteren Möglichkeiten schauen. Der Härtefallfonds ist mit Sicherheit ein Schritt in die richtige Richtung, aber er darf eben nicht das Ende sein.

Deswegen muss die Debatte zu weiteren Möglichkeiten, die es vielleicht gibt, weitergehen. Wir müssen uns dazu mit dem Bund gemeinsam an einen Tisch setzen und schauen, welche weiteren Möglichkeiten es gibt. Deswegen habe ich gesagt, dass die Debatte aus meiner Sicht noch nicht zu Ende ist.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:

Vielen Dank, Herr Pott. - Die nächste Rednerin ist Frau Sziborra-Seidlitz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE):

Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Im März letzten Jahres titelte „tagesschau.de“: „Gerechtigkeitsdilemma der Ostländer“. Schätzungsweise 500 000 Menschen in den neuen Bundesländern haben mit dem Übergang in das Rentensystem der Bundesrepublik ihre Rentenansprüche teilweise verloren.

Das wird persönlich und politisch als große Ungerechtigkeit erlebt, die durchaus auch ein Puzzlestein für den heutigen Blick vieler Seniorinnen auf den Prozess der Wiedervereinigung sein kann. Nach einem langen Arbeitsleben, oft mit besonderen Anstrengungen in der Zeit der Transformation, mit besonderen Erfahrungen und Aufbauleistungen erleben diese Ostrentnerinnen seit Jahren und nun endgültig die Abwertung ihrer Lebensleistung und stehen zum Lebensende nicht selten vor einer prekären wirtschaftlichen Situation.

Diesen Befund, das Gefühl für diese Ungerechtigkeit, teilen in den neuen Bundesländern wohl alle demokratischen Parteien. Die Frage, wie damit umzugehen gewesen wäre, wird offenbar weitaus differenzierter betrachtet.

Es war in der Märzsession 2023, die dem Bericht auf „tagesschau.de“, den ich am Anfang zitiert habe, vorausging, als wir hier im Hohen Haus sehr kontrovers über den Beitritt des

Landes zum Härtefallfonds des Bundes diskutiert haben. Schließlich hat sich unsere Landesregierung damals geweigert, diesen Fonds mit Landesmitteln aufzustocken.

Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern gingen andere Wege. Das ist schon erwähnt worden. Deren Regierungen haben sich nicht formal mit der verkürzten Sichtweise herausgeredet, die Rentenpolitik sei ein Bundesthema. Vielmehr haben sie erkannt, dass die Ungerechtigkeiten, die bei der Rentenüberleitung entstanden sind, eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung sind.

Nach Jahrzehnten endlich wenigstens etwas Gerechtigkeit zu schaffen, ist eine Aufgabe aller politischen Ebenen, also des Bundes und der Länder, und ist vor allem wichtig für den gesellschaftlichen Frieden.

Die Rentenüberleitung ist keine Rentenpolitik as usual, sondern war ein historischer Sonderfall, der auch als ein solcher abseits formaler Zuständigkeiten hätte behandelt werden müssen. Sich mit dem Standardsatz aller Unwilligen „ich bin nicht zuständig“ herauszureden, ist schlicht ein unwürdiges Wegducken.

In der Debatte im März 2023 hat Ministerpräsident Haseloff seinen weiteren Einsatz in dieser Sache zugesagt. Ich bin wirklich sehr gespannt, was das Land inzwischen unternommen hat. Mir scheint: bisher nichts; zumindest ist mir davon nichts bekannt geworden. Anscheinend wurde auch wenig unternommen, um die Betroffenen und potenziell Anspruchsberechtigten zu informieren, zu beraten und über ihre Rechte aufzuklären.

Zumindest zeugen die geringen Antragszahlen und auch die hohen Ablehnungsquoten davon. Herr Pott hat das gerade schon erwähnt. Auch

hierbei wäre weit mehr Engagement des Landes nötig und möglich gewesen. Jetzt ist das Thema mit dem Auslaufen der Antragsfrist leider erst einmal an ein formales Ende gelangt.

Auf der Bundesebene wird man nach diesem Härtefallfonds sicherlich kaum noch einmal einen Neustart hinbekommen. Ich hoffe allerdings sehr darauf, dass der Bund sich noch einmal bewegt, sollte es wirklich bei dieser hohen Ablehnungsquote von Anträgen bleiben. Das bleibt abzuwarten. Denn bis Ende Januar wurden in Sachsen-Anhalt erst 15 % der Anträge bearbeitet. Sollte die Quote der abgelehnten Anträge auch am Ende, wie jetzt, tatsächlich bei fast 75 % liegen, dann scheint die Definition von „Anspruchsberechtigung“ doch klar zu eng gezogen worden zu sein.

(Zustimmung von Olaf Meister, GRÜNE, und von Dr. Heide Richter-Airijoki, SPD)

Dann muss nachgebessert werden. Dann muss sichergestellt werden, dass die bereitgestellten Gelder auch wirklich ausgezahlt werden können und dass mit diesen bereitgestellten Geldern Gerechtigkeit geschaffen werden kann.

Dass sich der Bund dem Thema dann wirklich noch einmal widmet, halte ich angesichts des Umstands, dass sich im vorigen Jahr gezeigt hat, wie unwillig und unbeweglich manche Landesregierungen in Sachen Härtefallfonds agierten, persönlich doch für ziemlich unsicher. Aber natürlich werde ich in der Bundestagsfraktion der GRÜNEN genau dafür werben.

An dieser Stelle sei mir ein Einschub erlaubt: Wenn wir über ein gerechtes Rentensystem reden, dann müssen wir das gesamte System in den Blick nehmen

(Beifall bei den GRÜNEN)

und darüber sprechen, dass in unsere Rentenversicherung auch Beamte, Abgeordnete und Selbstständige einzahlen sollten, die am Ende selbstverständlich auch von den ausgezahlten Renten profitieren sollten. Eine solidarische Rente für alle Bürger unseres Landes wäre eine gerechte Rente.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der vermutliche Schlusstrich bei den Ostrenten, der jetzt gezogen wurde und sicherlich viele Betroffene völlig zu Recht frustriert zurücklässt, ist für mich aber keinesfalls das endgültige Ende dieses Themas. Die Rentenungerechtigkeit ist weiterhin eine offene Wunde des Wiedervereinigungsprozesses der Bundesrepublik. Heilung ist bisher nicht absehbar, aber sie ist eben auch nicht ausgeschlossen.

Der Stand jetzt ist: Ja, der Gerechtigkeit wurde bisher - ehrlicherweise muss man sagen, auch durch die Ampel - nur in geringem Maße Genüge getan. Aber wir sollten nicht vergessen, dass es auch Sachsen-Anhalt im Frühjahr 2023 versäumt hat, das für das Land Mögliche zu tun.

In den anderthalb Jahrzehnten einer ostdeutschen Kanzlerin ist rein gar nichts passiert. Die Ost-CDU konnte anscheinend überhaupt keine Wirkung auf der Bundesebene entfalten. Herr Krull hat schon dargestellt, dass es dazu innerhalb einer großen Partei unterschiedliche Haltungen gibt. Nur, wirkmächtig war die Ost-CDU an dieser Stelle nicht.

Die CDU-Kritik am Härtefallfonds ist aber ob dieser jahrzehntelangen Untätigkeit schon ein bisschen wohlfeil. Wer weiß, wie viele folgenden heimlichen Gedanken hatten: Na, jetzt

haben wir so lange nichts gemacht und in einigen Jahren hat sich das Problem von selbst gelöst. - Die Ampel hat zumindest gehandelt

(Sven Rosomkiewicz, CDU, lacht)

und hat auch an der Stelle versucht, eines der vielen liegengelassenen Probleme der CDU-Kanzlerinnenschaft zu lösen, wenn auch unzureichend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einige Menschen in unserem Land haben nun eine gewisse finanzielle Entschädigung erhalten und einige werden noch eine gewisse finanzielle Entschädigung erhalten. Materiell wiegt das die Ungerechtigkeit selbstverständlich nicht auf. Ob die Betroffenen sich durch die Gelder des Härtefallfonds ideell angemessen entschädigt fühlen, bleibt abzuwarten; das sei dahingestellt. Ein Ruhmesblatt der Politik ist der gesamte Vorgang leider nicht. Versöhnlicher kann ich meine Rede leider nicht beenden. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:

Vielen Dank, Frau Sziborra-Seidlitz. Es gibt keine Fragen oder Interventionen. - Ich rufe Frau Dr. Pähle als letzte Debattenrednerin auf. Danach hat Frau Hohmann noch um das Schlusswort gebeten.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute ist wieder „Murmeltiertag“ im Landtag von Sachsen-Anhalt. Wir diskutieren

zum wiederholten Mal über die fehlende Rentengerechtigkeit für zahlreiche Berufsgruppen in der ehemaligen DDR. Dass wir diese Debatte wieder und wieder führen müssen, liegt in diesem Fall nicht an der Antragstellerin, sondern daran, dass das Feld seit 1990, ehrlich gesagt, unbearbeitet geblieben ist.

Ganz ehrlich, Herr Krull: An diesem unbearbeiteten Feld waren wir alle beteiligt; alle, egal in welchen Regierungskonstellationen.

(Zustimmung bei der SPD)

Auch eine ostdeutsche Kanzlerin hat es in 16 Jahren nicht geschafft, an dieser Stelle Bewegung zu erzeugen. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu.

(Zuruf von Tobias Krull, CDU)

Ich sage es ganz deutlich: Auch meine Genossinnen und Genossen haben sich an dieser Stelle nicht mit Ruhm bekleckert, genauso wie alle anderen auch.

Es gehört zu den unbestreitbaren Makeln des Wiedervereinigungsprozesses, dass zahlreiche Beschäftigte der Bahn, der Post, aus dem Gesundheits- und Sozialwesen, aus Naturwissenschaft und Technik sowie aus dem Bergbau der DDR durch das Rentenüberleitungsrecht die Ansprüche auf eine Zusatzversorgung verloren haben, die im Rentensystem der DDR deren Rente über das angehoben hat, was sonst allen als DDR-Rente zur Verfügung stand.

Fachkunde heißt aber nicht Systemnähe. Dieser Fehlschluss, Fachkunde bedeute Systemnähe, konnte anscheinend auch in den Verhandlungen rund um den Beitritt der DDR zur

Bundesrepublik den westdeutschen Verhandlern nicht nahegebracht werden. Die Eingriffe in die Rentenansprüche waren aber rechtmäßig und zulässig. So ist es ausgeurteilt, auch wenn die Betroffenen es nicht nachvollziehen können und ich es, ehrlich gesagt, auch nicht kann. Rechtlich ist es an dieser Stelle ausgeurteilt.

Deshalb schien ein Härtefallfonds ein gangbarer Weg zu sein, um wenigstens die größten Ungerechtigkeiten aufzufangen. Zu der Antragstellung und auch zu der Quote der bewilligten Anträge muss ich jetzt nicht weiter ausführen. Dazu ist von allen Kolleginnen und Kollegen ausgeführt worden.

Ich möchte darauf hinweisen, dass allein das Konstrukt des Fonds nicht dafür sorgen konnte, dass die Erwartungen der Betroffenen befriedigt werden konnten. Erstens knüpfte es nicht an die verlorengegangenen Ansprüche der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an, sondern an die Bedürftigkeit, die wirklich nur Empfängern einer Mindestrente den Anspruch eröffnet hat, eine Zahlung aus dem Härtefallfonds zu erhalten.

Zweitens wurde die Problematik vieler DDR-Rentner ohne jeglichen Zusammenhang mit den Lebensschicksalen jüdischer Kontingentflüchtlinge und deutschstämmiger Spätaussiedler verbunden. Auch das muss erwähnt werden. Dass sich nur wenige Länder dafür entschieden haben, sich diesem Konstrukt anzuschließen und in dieses Konstrukt Geld einzustellen, kann man an dieser Stelle sogar verstehen und nachvollziehen.

Was ist jetzt zu tun? - Auch wenn die Aussichten heute noch gering erscheinen und die finanziellen Bedingungen im Bund nicht gerade

besser geworden sind, glaube ich, dass wir trotzdem an der Idee des Gerechtigkeitsfonds festhalten sollten. Ich plädiere dafür, dass sich die Landesregierung dieses dicke Brett noch einmal vornimmt, um eine Bundesratsinitiative für einen Gerechtigkeitsfonds auf den Weg zu bringen.

Wir wissen aber, wie sich die anderen Länder seit Jahren parteiübergreifend fachlich positioniert haben. Eine Bundesratsinitiative kann deshalb nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn sich der Ministerpräsident dafür vorab mit seinem ganzen Gewicht einsetzt und zumindest seine ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen dafür gewinnt. Ich glaube, diese Anstrengung lohnt es.

(Zustimmung bei der SPD)

Vielleicht ist ein Jahr, in dem viele in der Republik ganz besonders auf Ostdeutschland schauen, dafür genau der richtige Zeitpunkt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will wie die anderen Redner die Gelegenheit nutzen, um noch etwas Grundsätzliches zur Rentenversicherung hinzuzufügen, obwohl auch diese Diskussion ein bisschen an „Und täglich grüßt das Murmeltier“ erinnert. Denn unser gesetzliches Rentensystem ist stark und belastbar. Auch wenn seit Jahrzehnten von interessierter Seite versucht wird, die gesetzliche Rente krankzureden, ist sie das Rückgrat der Altersversorgung für die überwiegende Mehrheit der Menschen in der Bundesrepublik.

(Zustimmung bei der SPD)

In anderen Staaten Europas lässt sich besichtigen, was eine vollständige Privatisierung an-

richten kann. Die Umverteilung auf eine überwiegend private Altersversorgung oder auf komplett aktiengedeckte Rentenfonds ist ein Turbo für Altersarmut.

(Guido Kosmehl, FDP: Was?)

Obwohl es seit Jahrzehnten funktioniert, muss es dennoch an neue Herausforderungen angepasst werden und angesichts des demografischen Wandels weiter gestärkt werden. Das ist kein Hexenwerk. Wir brauchen dafür eine Verbreiterung der wirtschaftlichen Basis, indem alle, ganz besonders die Stärksten, voll für die Finanzierung der gesetzlichen Rente herangezogen werden,

(Zustimmung bei der SPD)

also auch Unternehmer, Selbstständige, Beamtinnen und Beamte, Abgeordnete oder Ministerinnen und Minister. Wir brauchen eine weitere deutliche Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns,

(Zustimmung bei der SPD)

damit die unteren Einkommensgruppen gut von ihrer Rente leben können, ohne aufstocken zu müssen oder nur eine Mindestrente zu bekommen. Wir brauchen mehr tarifgebundene Arbeit,

(Zustimmung bei der SPD)

damit Unternehmer und Arbeitnehmer mit guten Löhnen und Gehältern stabil für ein gutes Leben im Alter sorgen können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:

Vielen Dank, Frau Dr. Pähle. Es gibt zwei Fragen, und zwar zum einen von Herrn Kosmehl und zum anderen von Herrn Bernstein. Lassen Sie diese zu? Sie schauen schon so. - Herr Kosmehl.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Ich habe es aus der anderen Richtung erwartet.

Guido Kosmehl (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Frau Kollegin Pähle, Sie haben zum Schluss eine Reihe von altbekannten sozialdemokratischen Vorurteilen oder Wünschen aufgezählt. Ich möchte Sie etwas konkret zur Aktienrente fragen. Den Weg beschreitet die Ampel, übrigens mit Zustimmung der SPD. Mich hat verwundert, dass Sie dieses Konstrukt als einen Weg in die Altersarmut sehen.

Ich frage Sie ganz konkret: Sind Sie der Auffassung, dass es, wenn man einen Teil der Mittel, die der Bundeshaushalt jetzt in die Rentenkasse gibt, am Aktienmarkt anlegen und Renditen erwirtschaften würde, zu einer Stärkung der Rentenkasse führt und damit zur Absicherung der auszahlbaren Rente? Ist das der Weg in die Altersarmut? Was hat eine Aktiendeckung als Teil des Rentengeldes konkret mit der ausgezahlten Rente zu tun? Ich meine individuell; denn nur dann kommt man in die Altersarmut.

Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:

Frau Dr. Pähle.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Herr Kollege Kosmehl, ich weiß, dass Sie mir immer sehr, sehr aufmerksam zu hören. Da ich erkältet bin, habe ich es wahrscheinlich ein bisschen vernuschelt. Ich habe gesagt: das komplette Umstellen auf eine aktiengedeckte Rente. Das plant die Ampel gar nicht.

(Guido Kosmehl, FDP: Richtig!)

- Genau. - Dagegen habe ich auch nichts gesagt. Es geht mir darum, dass wir - dabei ist die Ampel auf einem guten Weg - einen Teilaspekt auf diesem Weg sicherlich gemeinsam beschreiten können und auch wollen.

(Guido Kosmehl, FDP: Das will auch niemand!)

Aber wer glaubt, dass die Rente am besten funktioniert, indem man alles quasi fondsgebunden, aktiengebunden refinanziert, der ist, glaube ich, auf einem Irrweg. Darauf habe ich in meiner Rede hingewiesen. Wie gesagt, vielleicht habe ich das erkältungsbedingt ein bisschen vernuschelt, aber ich habe von kompletter Umstellung in diesem Bereich geredet. Ich habe nicht gegen das, was die Ampel gerade in Berlin bespricht, gesprochen.

Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:

Herr Bernstein.

Jörg Bernstein (FDP):

Vielen Dank. - Frau Dr. Pähle, Sie haben die Forderung aufgemacht, den Personenkreis der Beitragszahler zu erweitern. Nun habe ich da-

mit folgendes Problem: Wenn ich Beiträge zahle, dann erwarte ich dafür eine Gegenleistung. Wie wollen Sie das Thema lösen? Wenn ich den Kreis der Beitragszahler ausweite, dann bedeutet das, dass die Leistungen steigen müssen. Wenn ich das auf die von Ihnen bezogenen Personengruppen beziehe, dann bedeutet das, dass das vorwiegend höhere Einkommensgruppen betrifft. Das wiederum würde höhere Rentenbezüge bedeuten. Wie wollen Sie dieses Problem lösen?

(Guido Kosmehl, FDP: Aktienrente!)

Dr. Katja Pähle (SPD):

Herr Bernstein, es wäre mir neu, dass Einzahlungen in Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung oder Rentenversicherung einen individuellen, von der geleisteten Einzahlung abhängigen Anspruch definieren.

(Guido Kosmehl, FDP: Doch! - Zuruf von Jan Scharfenort, AfD)

Jörg Bernstein (FDP):

Ja, klar.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Nein.

(Zuruf: Natürlich!)

Es ist ein Solidarprinzip. Anhand meines eingezahlten Geldes erwerbe ich Rentenpunkte und anhand dieser Rentenpunkte bekomme ich eine Auszahlung.

(Stefan Ruland, CDU: Aber je mehr Sie hineinpacken, desto mehr bekommen Sie!)

- Ja, aber - und das wissen wir auch - wir haben keine Eins-zu-eins-Lieferung. Darauf wollte ich gerade hinweisen. Wenn ich in die gesetzliche Krankenversicherung einzahle, aber das, was ich eingezahlt habe, bei Krankheit nicht herausbekomme, dann ist das das Solidarprinzip.

(Guido Kosmehl, FDP: Richtig!)

Gleichermaßen funktioniert auch das Rentensystem. Es gibt Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen, z. B. wegen ihres frühen Ablebens, nie so viel aus dem Rentensystem herausbekommen, wie sie einmal eingezahlt haben.

(Guido Kosmehl, FDP: Das ist so!)

Jörg Bernstein (FDP):

Das ist persönliches Risiko.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Es hat dann kein Nachkomme, kein Erbe das Recht zu sagen: Das wurde aber eingezahlt und jetzt bekomme ich das Geld wieder heraus. Das einfach nur zur Erklärung.

(Zuruf von Jan Scharfenort, AfD)

Ich glaube tatsächlich, dass in der Gesamtbetrachtung - in der Gesamtbetrachtung! - unter Einbeziehung der Gruppen, die ich gerade genannt habe, das Volumen der Rentenversicherung ansteigt, sodass diese Leistungen, gerade auch mit den Schritten der Ampel zur

Erweiterung der Einnahmenseite oder der Geldmittel, möglich sind und auch finanzierbar sind. Ich glaube tatsächlich, dass sich das in der Gesamtbetrachtung rechnet, wie übrigens auch bei dem Thema Bürgerversicherung für gesetzliche Krankenversicherungen.

(Wulf Gallert, DIE LINKE: Wie in Österreich z. B.!)

Jörg Bernstein (FDP):

Ich glaube das nicht.

Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:

Wir sind am Ende der Debatte angelangt. Jetzt hat Frau Hohmann für die Antragstellerin das Schlusswort.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Danke schön, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Ich bin eigentlich etwas enttäuscht über die Diskussion. Es sind nunmehr 34 Jahre seit der Wiedervereinigung vergangen.

(Unruhe)

Seit 34 Jahren diskutieren wir über dieses Thema. Seit 34 Jahren hat meine Fraktion dieses Thema sowohl im Bundestag als auch in den Landtagen immer wieder aufs Tapet gebracht - immer wieder.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Rausch, Sie werden wahrscheinlich nicht richtig recherchiert haben, sonst wäre Ihnen das garantiert aufgefallen. Eine Anmerkung

noch zu Ihnen: In Ihrem Redebeitrag sprachen Sie davon, dass alles erledigt sei und dass wir gar nichts mehr machen könnten. Dabei ist mir aufgefallen: In Ihrem Bundeswahlprogramm steht doch etwas ganz anderes. Ich denke einmal, das hätten Sie dann vielleicht vorbringen können;

(Daniel Rausch, AfD: Das ist doch ausgeurteilt!)

denn das, was Sie hier geäußert haben, und das, was darin steht, widerspricht sich doch. Aber das ist Ihr Problem.

Ich bin Frau Dr. Pähle sehr dankbar dafür, dass sie ganz klare Worte gefunden hat, die ich bei der Ministerin vermisst habe, klare Worte dazu, was wir hier noch tun können, und zwar so schnell wie möglich. Dass eine Bundesratsinitiative von Erfolg gekrönt sein könnte, zeigt sich doch daran, dass von den sechs ostdeutschen Bundesländern drei Bundesländer der Stiftung beigetreten sind. Insofern würde ich denken, dass wir damit gute Chancen hätten.

Wie gesagt, ich bin enttäuscht von der Sozialministerin, die auf unsere Fragen kaum geantwortet hat. Ich weiß nicht, warum. Wir sind der Meinung, wenn wir das Thema nicht regelmäßig aufs Tapet bringen würden, dann würde hier im Haus nicht darüber diskutiert werden.

Frau Dr. Pähle, einem kann ich nicht zustimmen; denn „alle“ sind nicht wir. Wir als Fraktion haben dieses Thema in jeder Legislaturperiode auf den Tisch gebracht und haben darüber diskutiert. Insofern ziehen wir uns diesen Schuh nicht unbedingt an.

(Zuruf von Dr. Katja Pähle, SPD)

Noch etwas Grundsätzliches. Der Härtefallfonds sollte mit 1 Milliarde € gespeist werden. Darauf haben sich Bund und Länder verständigt. Es war immer Usus, dass sich die Länder mit dem gleichen Betrag beteiligen. Wenn sie das gemacht hätten, dann hätten die Betroffenen nicht eine Einmalzahlung in Höhe von 2 500 €, sondern in Höhe von 10 000 € erhalten. Das wäre dann auch so annehmbar gewesen und in etwa das, was der Runde Tisch vereinbart hat.

Ich hoffe, dass es nicht allzu spät ist. Wie gesagt, wir haben keine Zeit mehr zu warten. Wir wollen keine biologische Lösung. Deshalb bitte ich alle, die Verantwortung auf Landes- und Bundesebene tragen, noch einmal darum: Setzen Sie sich dafür ein, dass es hier nicht zu einem Abbruch kommt, sondern dass wir wirklich zu einem Gerechtigkeitsfonds kommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:

Vielen Dank, Frau Hohmann. - Beschlüsse in der Sache werden bekanntlich nicht gefasst. Aktuelle Debatten laufen etwas anders als die normale Antragsberatung und die Beratung von Gesetzentwürfen. - Wir nehmen einen Wechsel im Präsidium vor. Wir liegen sehr gut in der Zeit, sodass wir, denke ich, heute pünktlich zum Schluss kommen werden.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt, den wir heute auf der Tagesordnung haben, dem

Tagesordnungspunkt 31

Aktuelle Debatte

Faeser-Putsch gegen unsere Grundrechte - Warum die von der Bundesinnenministerin angekündigten 13 Maßnahmen keine Instrumente der wehrhaften Demokratie sind, sondern die Axt an die Grundlagen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung legen

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 8/3756**

Die Redezeit beträgt wie immer zehn Minuten. Es wurde folgende Redereihenfolge vereinbart: AfD, SPD, DIE LINKE, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU. Zunächst hat die Antragstellerin, die AfD, das Wort, und zwar Herr Kirchner.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben das Wort, bitte sehr.

Oliver Kirchner (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Werte Abgeordnete! Hohes Haus! Aktuelle Debatte der AfD mit dem Titel „Faeser-Putsch gegen unsere Grundrechte“. Konto- und Telefondaten ausspionieren, Reisefreiheit entziehen, Kritikern die Waffenerlaubnis entziehen und sie aus dem öffentlichen Dienst entfernen, Spitzel auf sie ansetzen - all das macht diese Debatte so nötig.

(Beifall bei der AfD)

Zitat aus der Volkskammer der DDR von 1989:

„Wir sind die Söhne und Töchter der Werktätigen und kommen aus allen Schichten. Wir vertreten die Interessen der Werktätigen. Das ist unser oberster Auftrag der Volkskammer, und dem sind wir immer - und haben uns bemüht - gerecht geworden. Wir haben, Genossen, liebe Abgeordnete, einen außerordentlich hohen Kontakt mit allen werktätigen Menschen. Wir haben hervorragende Informationen geliefert, die die Entwicklung jetzt so weit gebracht haben, wie wir sie heute haben, Genossen.“

Und wenn ihr mich fragen würdet, ihr würdet sehen im Saal, wie viele zustimmen, dass unsere Mitarbeiter Hervorragendes auf diesem Gebiet geleistet haben. Und mehr möchte ich dazu gar nicht sagen müssen. Hervorragendes, Genossen!

Ich liebe doch alle, alle Menschen. Ja, ich liebe doch - - Ich setze mich doch dafür ein.“

(Matthias Büttner, Staßfurt, AfD, lacht - Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie setzen jetzt nicht Herrn Mielke ins Verhältnis zu Frau Faeser!)

- Doch, das mache ich.

(Starker Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Jawohl! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie sind ein Demagoge! Ein Demagoge sind Sie!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sind die letzten Worte eines der schlimmsten Demokratiefeinde in einem sozialistischen Parlament,

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist so widerlich, was Sie hier machen!)

nämlich die Worte von Erich Mielke, dem Minister für Staatssicherheit. Diese Worte fand er, obwohl draußen vor dem Palast der Republik, in Leipzig und in anderen Städten bereits Millionen von Menschen dafür gesorgt haben, dass dieses demokratiefeindliche Regime beendet wurde.

So hat es im Übrigen auch im Jahr 1933 angefangen. Es wurden Medien kontrolliert, Parteien verboten, Kinder indoktriniert, Meinungen unterdrückt, das Volk gespalten, Meldestellen eingerichtet, Andersdenkende verraten, Bürger diffamiert und Politiker bespitzelt - all das hatten wir schon zweimal.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Im Schatten von Mielke bringt die defekte Lichtsignalanlage in Berlin, insbesondere die SPD, ein Demokratiefördergesetz in Umlauf, das wohl eher als Demokratiemördergesetz in die unsägliche Geschichte dieser Regierung eingehen wird.

(Beifall bei der AfD)

Vorwärts immer, rückwärts nimmer, zurück in die Diktatur - das ist Ihre Devise. Das ist die Devise der Demokratieabschaffer der Ampel, die mithilfe der Altparteien-Stasi den Menschen in diesem Land Angst machen will und die letztendlich Schrecken und Verfolgung denjenigen ankündigt, die vom Recht der Meinungsfreiheit Gebrauch machen.

Kommen wir einmal zu den Punkten von Frau Faeser: Resilienz der Demokratie stärken. - Die Konsensparteien haben jahrzehntelang ihnen genehme Juristen und auch ehemalige Politiker in das Bundesverfassungsgericht entsandt. Um zu verhindern, dass infolge des wachsen-

den Einflusses der AfD in der Zukunft auch wahrhaft unabhängige Richter in das höchste Gericht gelangen, will man das Grundgesetz entsprechend ändern.

Ganzheitlicher Ansatz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. - Dahinter verbirgt sich die willkürliche Bekämpfung jeder echten Opposition. Jeder Missliebige wird zum Extremisten erklärt und kann dann mit rechtsstaatlichen Mitteln schikaniert und terrorisiert werden.

Finanzquellen rechtsextremistischer Netzwerke austrocknen. - Man will oppositionelle Kräfte, gegen die sich sonst nichts finden lässt, wirtschaftlich schädigen bzw. vernichten, getreu dem Antifa-Slogan: Nazis in die Pleite treiben. Dazu soll die bisherige, schon weit auslegbare rechtliche Befugnis durch den Begriff Gefährdungspotenzial erweitert werden.

Transnationale Vernetzung stören, Einschränkung von Ein- und Ausreise für vermeintliche Extremisten. - Hier können Millionen Versorgungsmigranten aus aller Welt illegal ein- und ausreisen, doch wenn man mich zum Extremisten erklärt, will man mir meinen Italienurlaub verbieten. Das ist nichts anderes als das, was wir in der DDR hatten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Ja-wohl!)

Hass im Netz bekämpfen. - Unter diesem Schlagwort will man unerwünschtes Gedankengut aus dem Internet entfernen, aber nicht nur das, auch die Träger dieses Gedankengutes sollen verfolgt werden.

Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst entfernen. Anwendung des sogenannten Phä-

nomenbereichs „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“. - Damit soll jede Kritik aus den Reihen der Millionen Angestellten des öffentlichen Dienstes unmöglich gemacht werden. Jeder Kritiker muss damit rechnen, zum Verfassungsfeind oder Rechtsextremisten abgestempelt zu werden.

(Dr. Falko Grube, SPD, lacht - Zuruf von Matthias Büttner, Staßfurt, AfD)

Man will Millionen Duckmäuser statt engagierter Staatsbürger.

Rechtsextreme Netzwerke zerschlagen. - Mit solchen Verbotsmaßnahmen will man vor allem Schlagzeilen produzieren und Stimmung machen, ganz egal, wie klein und belanglos die betroffenen Gruppen sind, siehe Rollatorputsch.

Rechtsextremisten konsequent entwaffnen. - Hunderttausende von Jägern und Sportschützen sollen so davon abgehalten werden, sich zur AfD zu bekennen.

Demokratieförderung stärken. - Man will mit dem Demokratiefördergesetz lediglich die eigene Klientel finanziell absichern und Programme zur Beeinflussung der Menschen im Regierungssinn vorantreiben.

Sport mit Haltung - gegen Rechtsextremismus. Das ist ein weiterer Versuch, Stimmung zu machen, das gesellschaftliche Klima zu vergiften und Unfrieden in Sportvereinen zu erzeugen. - Das sind nur zehn von 13 Punkten.

Jetzt einmal Butter bei die Fische! Sie von der SPD mit Ihren Antidemokratie-Ampelpartnern machen das alles nur, weil wir in allen fünf ostdeutschen Bundesländern auf Platz 1 stehen, und zwar mit weit mehr als 30 %, und

weil Sie wissen, dass Ihre Altparteienära zu Ende ist.

(Beifall bei der AfD)

Ihre Ära ist zu Ende, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Sie verlieren die Wahlen. Sie verlieren Ihre Macht. Sie verlieren Ihre finanziellen Bezüge und Sie verlieren Ihre Daseinsberechtigung. Es ist Ihre letzte Chance, mit Stasi-Methoden Ihre Macht zu sichern.

Ich sage Ihnen, wie Sie das mit „Correctiv“ angeleiert haben, bei denen einige auch ein SPD-Parteibuch haben. Die Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes haben sich acht Tage vor der Stasi-Bespitzelung des Privattreffens mit Mitarbeitern der „Correctiv“-Laienspielgruppe getroffen.

(Lachen)

Der SPD-Kanzler hat sich zwei Tage vor der Stasi-Bespitzelung des Privattreffens mit der „Correctiv“-Geschäftsführerin getroffen. Vermutlich hat man dort beschlossen, mithilfe der VS-Truppe von Thomas Haldenwang den Veranstaltungsort verwanzeln zu lassen, in der Hoffnung, irgendetwas Verfängliches abhören zu können, damit man verhindert, dass die Ampelparteien bei den nächsten Wahlen in der Versenkung verschwinden.

Als man dann feststellte, dass dort nichts Greifbares geäußert wurde, hat man sich der Staatspresse bedient und einfach ein paar Lügen über Vertreibung und Deportation gestreut in der Hoffnung, dass es beim Bürger irgendwie verfängt. Doch genau das passiert eben nicht.

(Dr. Jan Moldenhauer, AfD: Genau!)

Außer Spesen nichts gewesen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD - Matthias Büttner, Staßfurt, AfD, lacht - Zuruf von Susan Sziborra-Seidlitz, GRÜNE)

Die Bürger entscheiden sich trotzdem für die AfD, weil sie die Münchhausen-Politik der Altparteiendarsteller durchschaut haben.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Weniger! Weniger!)

Nun versucht man wie am Ende der NS-Diktatur oder am Ende der Stasi-Diktatur das letzte Gefecht mit dem allerletzten Aufgebot.

(Dr. Falko Grube, SPD, lacht)

Man will nun mit herangekarrten Bonzen-gewerkschaften, linksextremen Sozialverbänden und der Altparteienclique plus Antifa über Demonstrationen gegen die einzige Opposition in die Schlacht ziehen. Auch das wird scheitern, weil sich nicht ein einziger normaler Bürger mit diesen Demokratieabschaffern verbünden will.

Als allerletzte Instanz springen nun auch noch die Staatskirchenvertreter auf den Zug ins Nirwana auf. Auch das wird kläglich scheitern. Ihnen laufen die Gläubigen schließlich in Scharen davon. Allein im Jahr 2023 war eine Verringerung der Zahl der Mitglieder um 1,1 Millionen zu verzeichnen. Ich kann das verstehen; denn Pfaffen sollen beten und nicht Politik machen. Es ist auch sehr befremdlich, wenn sich Kirchenvertreter auf eine Bühne stellen und eine Oppositionskraft verächtlich machen,

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Nein! Sie stehen ein für Demokratie, Herr Kirchner!)

währenddessen sie ihre eigenen Pädophilie-geschehnisse nicht ordentlich aufarbeiten.

(Beifall bei der AfD - Unruhe)

Sie haben sich an Tausenden Kindern vergangen und haben Schmerz und Elend über die Familien gebracht. Schämen sollten sie sich.

(Zuruf von der AfD: Pfui!)

Ja, „Nie wieder ist jetzt!“, wie man es bei der evangelischen Domgemeinde keine 100 m von hier entfernt lesen kann. Ja, nie wieder Pädophilie in Kirchen! Ja, nie wieder Kirchen, die NS-Diktatoren im Dritten Reich hinterherlaufen!

(Olaf Meister, GRÜNE, und Sebastian Striegel, GRÜNE: Nie wieder Kirchner!)

Ja, nie wieder Pädophile in Parteien wie Edathy - nicht wahr, Frau Pähle - oder wie bei den GRÜNEN in den 80er-Jahren - nicht wahr, Herr Striegel.

(Olaf Meister, GRÜNE, lachend: Da ist er geboren!)

Und ja, nie wieder Rassismus wie bei der SPD Sachsen-Anhalt, die Frau Pähle als Spitzenkandidatin plakatiert und Herrn Diaby nicht.

(Zurufe von der AfD: Pfui! - Dr. Katja Pähle, SPD: Der Spitzenkandidat bei der Bundestagswahl hieß Olaf Scholz!)

Nie wieder ist jetzt! Nie wieder ungeprüfte Lügen, die die Staatspresse wohlfeil unter die

Menschen bringt. Und vor allem nie wieder Altparteien, die Geheimdienste missbrauchen und Parteien unterwandern, zersetzen und diskreditieren. Nie wieder ist jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Zum Schluss: Machen Sie sich keine Sorgen, wir werden mit Antidemokraten wie Ihnen niemals eine Koalition eingehen.

(Kathrin Tarricone, FDP: Das müssen Sie auch nicht! - Olaf Meister, GRÜNE: Sie wiederholen sich!)

Die einzige Koalition, die wir eingehen werden, ist die Koalition mit der Bevölkerung dieses Landes, mit unseren Bürgern, mit unserem Souverän. Denn Sie werden nach den Wahlen gar nicht mehr zur Verfügung stehen, weil der Souverän dieses Landes Sie in den unverdienten Ruhestand schicken wird - in die Bedeutungslosigkeit und ins Abseits, wohin Sie von der SPD als Demokratiefeinde auch gehören.

(Unruhe)

Wir sind keine Untertanen der Ampel, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es gibt keine Alternative zur Alternative. - Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, lang anhaltender Beifall und Jawohl! bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Nun sind wir durch.

(Olaf Meister, GRÜNE, lacht - Sebastian Striegel, GRÜNE, lachend: Haben wir es hinter uns!)

- Es gibt keine Fragen und Bemerkungen; das war sozusagen der Inhalt meiner Aussage.
- Jetzt kommt die Innenministerin an das Rednerpult. - Frau Innenministerin, Sie haben das Wort. Bitte.

Dr. Tamara Zieschang (Ministerin für Inneres und Sport):

Herzlichen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! In der Presse stand, dass wir heute eine Aktuelle Debatte über Rechtsextremismus führen. Es ist interessant, dass die AfD-Fraktion in dieser Debatte dann fast ausschließlich über sich selbst spricht.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN, bei der SPD, bei der FDP und bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der CDU - Lachen bei der AfD)

Damit weiß man, wo sie sich selbst verortet.

(Zuruf von der AfD: Die ganze linke Mischpoke! - Daniel Roi, AfD: Das scheinen Ihre größten Fans zu sein, die Linken da drüben! - Lachen bei der AfD)

Die Landesregierung wendet sich gegen jedwede extremistische Bestrebung. Zum staatlichen Schutzauftrag gehört ein 360-Grad-Blick, der die Bevölkerung nicht nur vor den Gefahren des Rechtsextremismus schützt, in gleichem Maße gilt die Aufmerksamkeit den erheblichen Gefahren des extremistischen Islamismus sowie dem zunehmend radikalen

Linksextremismus und anderen extremistischen Bestrebungen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung bei der SPD)

Allerdings stellt der Rechtsextremismus derzeit ohne Zweifel die größte Gefahr für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung dar. Der Rechtsextremismus weist allein bei uns im Land das mit Abstand höchste Personenpotenzial unter allen extremistischen Phänomenbereichen und zudem ein beträchtliches Gewaltpotenzial auf.

Der Verfassungsschutz im Land hat im Jahr 2022 etwa die Hälfte der insgesamt 1 270 Personen, die er der rechtsextremistischen Szene zurechnet, als gewaltbereit eingestuft. Deshalb ist es richtig und wichtig, den Rechtsextremismus konsequent und mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen.

Bevor ich darauf näher eingehe, will ich eines betonen: Es kann nicht allein Aufgabe des Staates sein, unsere Freiheit und unsere Demokratie vor Extremisten zu schützen. Auch die Gesellschaft, die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, müssen für Freiheit und Demokratie eintreten.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei der FDP und bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN)

Das tun die Bürgerinnen und Bürger regelmäßig, indem sie bei Wahlen ihre Stimme abgeben. Oder sie tun es, wie wir es in diesen Tagen und Wochen deutschlandweit in vielen Städten erleben, indem sie für die Demokratie

und gegen den Rechtsextremismus auf die Straße gehen.

*(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN
- Zustimmung von Rüdiger Erben, SPD - Zuruf
von Ulrich Siegmund, AfD)*

Allein in der Zeit vom 20. Januar bis zum 17. Februar dieses Jahres gab es in Sachsen-Anhalt rund 50 solcher Versammlungen. An diesen Versammlungen haben landesweit mehr als 30 000 Menschen teilgenommen.

(Lothar Waehler, AfD: Immer die Gleichen!)

Ich will zur Bedeutung dieser Versammlungen an dieser Stelle unseren Ministerpräsidenten Reiner Haseloff zitieren, der am letzten Samstag auf der vom DGB und anderen Initiatoren organisierten Versammlung auf dem Domplatz in Magdeburg gesprochen hat. Er sagte:

„Sie wenden sich gegen Rassismus und politischen Extremismus. Das sind ermutigende Signale. Für unsere Überzeugungen und demokratischen Institutionen müssen wir entschlossen eintreten. Wir haben Verantwortung vor der Geschichte und für die Gestaltung der Zukunft. Wehret den Anfängen! Das gilt auch für die wehrhafte Demokratie unseres Grundgesetzes. Wir haben aus Weimar gelernt.“

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nicht nur in der Weimarer Zeit haben zu viele Menschen weggeschaut. Das darf nicht wieder passieren. Deshalb waren am Samstag auch viele Abgeordnete auf dem Domplatz. Ich war auch dort, und zwar als Privatperson.

*(Lachen bei der AfD - Lothar Waehler, AfD:
Oh, gibt's das?)*

Ausdruck der wehrhaften Demokratie ist unter anderem auch, dass der Bund und die Länder über einen Verfassungsschutz verfügen. Die Aufgaben des Verfassungsschutzes werden vom Gesetzgeber definiert. Der Verfassungsschutz als Bestandteil der Exekutive wird von der Legislative kontrolliert. Einzelne Maßnahmen des Verfassungsschutzes stehen unter Richtervorbehalt oder bedürfen der Zustimmung der G-10-Kommission. Maßnahmen und Feststellungen des Verfassungsschutzes können von Gerichten überprüft werden und werden von Gerichten überprüft.

Wieso betone ich das? - Ich betone das deshalb, weil schon das Narrativ vom Regierungsschutz die Runde macht. Ich betone das aber auch deshalb, weil die Eingriffsrechte des Staates zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung erheblich sind. Daher sind Zustimmungs- und Richtervorbehalte und die gerichtliche Überprüfbarkeit unverzichtbar, um die Freiheitsrechte Betroffener zu schützen. Oder um es anders auszudrücken: Unsere Demokratie ist nur wehrhaft, wenn sie ihrerseits allein rechtsstaatliche Mittel einsetzt.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Gerichte müssen das überprüfen können. Und Gerichte tun das auch. So hat auch die AfD in Sachsen-Anhalt eine Klage eingereicht, damit sie nicht als Verdachtsfall beobachtet wird. Im einstweiligen Rechtsschutz wurde der Antrag vom Verwaltungsgericht Magdeburg abgewiesen. Gleiches gilt für die Unterlassungsklage der

AfD gegen die Einstufung des Bundesverbandes als Verdachtsfall. Hierüber hat das Verwaltungsgericht Köln entschieden.

(Frank Otto Lizureck, AfD: Und wer hat das Weisungsrecht gegenüber diesen Leuten? - Unruhe)

Ich bin offen dafür, die bestehenden Instrumente zum Schutz vor Extremismus zu schärfen. Hierzu hat die Bundesinnenministerin einige Überlegungen veröffentlicht.

(Unruhe)

In diesem Zusammenhang von einem Putsch zu sprechen, ist allein schon deswegen abwegig, weil kein einziger konkreter neuer Vorschlag auf dem Tisch liegt.

(Guido Kosmehl, FDP: Die beschäftigen sich nicht mit Inhalten!)

Hinzu kommt, dass im Wesentlichen wiederholt wird, was die Bundesinnenministerin bereits vor zwei Jahren in ihrem Aktionsplan gegen Rechtsextremismus zur Diskussion gestellt hat. Eines ist auch klar: Jede Änderung von bestehenden Gesetzen, gerade auch Bundesgesetzen, die sich möglicherweise aus diesen Überlegungen der Bundesinnenministerin ableiten, muss einer Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht standhalten. Das weiß auch die Bundesinnenministerin. Daher weist sie auch darauf hin, dass im Augenblick bspw. noch geprüft wird, ob das Bundesverfassungsgericht als wichtigster Hüter der Verfassung gestärkt werden kann. Diesbezüglich muss wirklich sorgfältig geprüft werden. Schnellschüsse verbieten sich, insbesondere wenn damit eine Änderung des Grundgesetzes einhergehen sollte.

Die 13 Punkte der Bundesinnenministerin richten sich im Wesentlichen an den Bund. Wir haben bei uns im Land eine gute Grundlage und Arbeitsgrundlage mit dem Verfassungsschutzgesetz des Landes, aber sicherlich auch eine gute Arbeitsgrundlage mit dem Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Welt-offenheit. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt einen verstärkten Fragebedarf. Zuerst gibt es eine Frage von Herrn Tillschneider. - Herr Tillschneider, bitte.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Die Bundesinnenministerin Faeser profiliert sich dadurch, dass sie dieses neu definierte Beobachtungsfeld „Delegitimierung des Staates“ stark macht und einen Fokus darauf legt. Im Rahmen dieses Beobachtungsgebiets wurde in den Akten des Landesverfassungsschutzes über mich notiert: Tillschneider unterstellt der Regierung schlechte Absichten.

(Lachen bei der AfD)

Das ist sozusagen ein Grund, meine Person als rechtsextrem einzustufen und festzustellen: der delegitimiert. Ich halte also fest: Man darf der Regierung keine schlechten Absichten unterstellen. Wenn ich der Regierung also gute Absichten unterstellen muss, um nicht als böser Rechtsextremist zu gelten, dann wird die Kritik reduziert auf Verbesserungsvorschläge.

(Susan Sziborra-Seidlitz, GRÜNE: Das ist doch lächerlich! So lächerlich! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Herr Tillschneider, ich habe dieser Regierung ständig böse Absichten unterstellt!)

Denn in diesem Rahmen kann ich nur noch Verbesserungsvorschläge anbringen. Das ist auch das, was Sie untereinander tun. Sie bringen immer Verbesserungsvorschläge an. Aber Grundsatzkritik ist nicht mehr erlaubt. Das erinnert mich an ein Lied aus der DDR. Damals gab es eine SED-Singegruppe, die hieß „Oktoberklub“. Sie hat ein Lied gemacht, in dem es hieß: Mach doch mal einen Verbesserungsvorschlag.

(Lachen - Susan Sziborra-Seidlitz, GRÜNE: Sie können sich überhaupt nicht an die DDR erinnern! Sie waren ja gar nicht hier!)

Jetzt frage ich Sie: Was unterscheidet das Beobachtungsgebiet „Delegitimierung des Staates“, mit dem die Regierung der Opposition vorschreibt, wie weit ihre Kritik gehen darf, von der „staatsfeindlichen Hetze“ in der DDR?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie können antworten.

Dr. Tamara Zieschang (Ministerin für Inneres und Sport):

Sie haben schon mehrfach den Phänomenbereich der verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates angesprochen. Aber das Wort „verfassungsschutzrelevant“ lassen Sie jeweils unter den Tisch fallen.

(Olaf Meister, GRÜNE, lachend: Ja!)

Der Phänomenbereich heißt: verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates. Damit haben Sie schon das entscheidende Unterscheidungsmerkmal. Es geht nicht darum, dass Kritik an Regierungen nicht zulässig ist.

(Jan Scharfenort, AfD: Aber wie kann das dann sein?)

Das war zulässig, das bleibt zulässig. Dafür werde ich mich auch immer einsetzen, völlig egal, ob ich selbst der Regierung angehöre oder nicht. Denn das ist Ausdruck von Meinungsfreiheit, das ist Ausdruck von Demokratie.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Hierbei geht es darum, dass die Delegitimierung des Staates verfassungsschutzrelevant ist, weil am Ende dahinter steht, unseren Staat in seiner jetzigen Form abzuschaffen.

(Oliver Kirchner, AfD: Das ist Schwachsinn!)

Ich habe Ihnen an verschiedenen Stellen auch schon gesagt: Es gibt verschiedene Phänomenbereiche, und wer dem Phänomenbereich der verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates zugeordnet wird, der wird gerade nicht zwingend anderen Phänomenbereichen wie bspw. dem Rechtsextremismus zugeordnet. Es kann durchaus sein, dass jemand, der der verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates zugeordnet wurde, vielleicht auch durch andere Äußerungen, vielleicht durch einen Wandel in seinen Über-

zeugungen später anderen Phänomenbereichen wie bspw. dem Rechtsextremismus zugeordnet wird. Aber eigentlich gibt es eine klare Trennung. Deswegen sage ich auch: Wer dem Phänomenbereich des Rechtsextremismus zugeordnet wurde und wird, der bleibt dort auch und wird nicht noch ergänzend in einem anderen Phänomenbereich geführt.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt eine kurze Nachfrage.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Sie sind meiner Kernfrage ausgewichen.

*(Oliver Kirchner, AfD: Das macht sie immer!
- Sebastian Striegel, GRÜNE: Nein!)*

Das Landesamt für Verfassungsschutz

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Es gibt kein Landesamt für Verfassungsschutz!)

steht auf dem Standpunkt, dass derjenige, der der Regierung schlechte Absichten unterstellt, verfassungsschutzrelevant delegitimiert. Jetzt frage ich Sie ganz kurz: Muss ich Ihnen gute Absichten unterstellen?

(Guido Kosmehl, FDP: Nein!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie können antworten.

Dr. Tamara Zieschang (Ministerin für Inneres und Sport):

Weil Ihr einleitender Satz schon falsch ist, verbieten sich alle Schlussfolgerungen daraus.

*(Zustimmung - Olaf Meister, GRÜNE, lacht
- Jan Scharfenort, AfD: Aber wie kann es dann sein, dass das dort steht?)*

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich habe zumindest zwischenzeitlich eine Intervention von Herrn Scharfenort gesehen. Ja oder nein? - Nein, offensichtlich nicht. - Dann gibt es eine Frage von Herrn Lizureck. - Herr Lizureck. Bitte.

Frank Otto Lizureck (AfD):

Vor meiner Frage eine kurze Einleitung: Sie missbrauchen den Begriff des Extremismus; denn Sie unterstellen uns Extremismus. Wir sind nicht extrem.

(Dr. Falko Grube, SPD, und Sebastian Striegel, GRÜNE, lachen - Unruhe)

Wir sind die Opposition. Aus reinem Machterhalt werden hier Dinge in den Raum gestellt und Menschen verunglimpft, die niemals irgendwo extremistisch sind.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie im Hinblick auf Gefahren hier in Deutschland fragen: Sind es AfDler oder Leute, die dem rechten Flügel zugeordnet werden, die dafür

sorgen, dass sich Menschen bzw. Frauen, z. B. am Stadtsee in Stendal oder in Magdeburg-Neustadt, nach 18 Uhr, wenn es dunkel wird, nicht mehr auf die Straße trauen? Sind die dafür verantwortlich? Sind es Menschen aus dem rechten Flügel, die jeden Tag zwei Gruppenvergewaltigungen hier in Deutschland durchführen? Kommen Sie in die Realität zurück und sorgen Sie sich um die Dinge, die in diesem Land wirklich wichtig sind!

(Beifall bei der AfD - Zurufe: Pfui Deibel! - Billig!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie können, wenn Sie wollen, antworten. Das war eigentlich keine Frage, sondern eine Intervention.

(Frank Otto Lizureck, AfD: Ich habe mir Luft gemacht!)

- Das müssten Sie bitte vorher konkret anzeigen. - Wenn Sie wollen, dann können Sie antworten, Frau Ministerin.

Dr. Tamara Zieschang (Ministerin für Inneres und Sport):

Der Versuch ist offensichtlich. Deswegen habe ich gesagt, das Narrativ des Regierungsschutzes, das hier schon vielfach bemüht wird, ist der Versuch, den Verfassungsschutz zu diskreditieren.

(Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD: Das macht er selbst!)

Mir ist klar, was als Nächstes passiert. Das ist der erste Schritt. Deswegen habe ich versucht, Ihnen aufzuzeigen, dass der Verfassungsschutz als Teil der Exekutive nicht nur der Kontrolle des Parlaments unterliegt, sondern dass die Legislative auch Aufgaben und Grenzen des Verfassungsschutzes festlegt.

(Zustimmung von Anne-Marie Keding, CDU)

Ich habe von Ihnen noch nicht gehört, dass Sie eine Änderung des Verfassungsschutzgesetzes auf den Weg gebracht haben.

(Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

Es ist dann auch so, dass diese Maßnahmen, die, abgeleitet aus dem Verfassungsschutzgesetz, vom Verfassungsschutz ergriffen werden, gerichtlich überprüfbar sind. Ich ahne, was als Nächstes kommt: Als Nächstes werden die Gerichte in Deutschland diskreditiert. Das ist Ihr Weg, unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat infrage zu stellen, eine Institution nach der anderen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP - Zuruf von der AfD: Die Frau Minister ahnt etwas!)

Frank Otto Lizureck (AfD):

Stellen Sie doch einfach einmal EU-konforme Rechtszustände hier in Deutschland her.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Lizureck, nur ich erteile Ihnen das Wort!

Frank Otto Lizureck (AfD):

Ich werde Ihnen eines sagen:

Vizepräsident Wulf Gallert:

Und stopp!

Frank Otto Lizureck (AfD):

Wer den Verfassungsschutz missbraucht aus Gründen des Machterhalts,

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Lizureck, ich erteile hier das Wort!

Frank Otto Lizureck (AfD):

der hat nicht das Recht, mir Diskreditierung zu unterstellen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Lizureck, ich entziehe Ihnen das Wort.

(Frank Otto Lizureck, AfD: Ja, kein Problem! Ich habe gesagt, was ich sagen wollte!)

- Herr Lizureck, noch einmal ganz deutlich: Ich habe der Ministerin die Gelegenheit gegeben zu antworten. Ich entscheide darüber, ob Sie die Chance für eine Nachfrage erhalten. Das habe ich in dem Fall nicht getan. Sie haben das Wort geschäftsordnungswidrig

ergriffen. Auch das gehört dazu, einen Staat zu führen oder zu delegitimieren, nämlich parlamentarische Regeln anzuerkennen oder nicht anzuerkennen, Herr Lizureck.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es gibt eine weitere Frage, und zwar von Herrn Köhler. - Bitte.

Gordon Köhler (AfD):

Besten Dank. - Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Ministerin, zu Beginn Ihres Wortbeitrages sprachen Sie davon, gegen jede Form von Extremismus und Hass zu sein. Ich erinnere mich an eine Berichterstattung der sogenannten Leit- und Qualitätsmedien. Es war die „Süddeutsche Zeitung“, die davon sprach, dass die Landesämter und auch die Bundesbehörde des Verfassungsschutzes virtuelle Agenten einsetzen,

(Oliver Kirchner, AfD: Ja! Die beobachten sich quasi selbst!)

und zwar auch mit dem Ziel, Hass zu verbreiten bzw. zu Straftaten anzustacheln. Ich frage Sie: Können Sie ausschließen, dass der Hass, gegen den Sie sich positionieren, von Mitarbeitern von Geheimdienstbehörden geschürt oder auch verbreitet wird?

(Oh! bei der CDU und bei der FDP - Sebastian Striegel, GRÜNE: Solange Herr Kirchner nicht davon bezahlt wird! - Jan Scharfenort, AfD: Schön, dass Herr Striegel das beantwortet! - Unruhe)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie können antworten.

Dr. Tamara Zieschang (Ministerin für Inneres und Sport):

Hass und Hetze finden auch im Netz statt, und deswegen gucken natürlich Verfassungsschutzbehörden, so auch unsere, was sich dort tut.

(Oliver Kirchner, AfD: Aber sie dürfen das ja selbst auch machen!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke, Frau Ministerin, es gibt keine weiteren Fragen. - Dann sind wir damit durch und können jetzt zu den Debattenbeiträgen der Fraktionen kommen. Für die SPD spricht Herr Erben. - Sie haben das Wort.

Rüdiger Erben (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kirchner, ein paar Worte zu den unsäglichen und widerlichen Vergleichen, man muss sogar sagen,

(Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

Gleichsetzungen der Bundesinnenministerin mit dem Stasi-Chef Mielke

(Oliver Kirchner, AfD: Ja!)

und mit den Nationalsozialisten.

(Zuruf von der AfD: Und schon wieder sind es die Nationalsozialisten!)

Ich glaube, damit haben Sie heute wieder einmal einen neuen Tiefpunkt in Ihren eigenen Debattenbeiträgen erreicht.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Oliver Kirchner, AfD: Das müssen Sie sich schon gefallen lassen!)

Ich werde noch mehrmals darauf zurückkommen. Und wenn Sie hier anfangen, die Vertreter der Kirchen in dieser Weise zu diskreditieren, dann will ich das gleichfalls auf das Schärfste zurückweisen.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

- Nicht derjenige, der am lautesten brüllt, hat recht, Herr Kirchner.

(Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

Als katholischer Christ bin ich sehr stolz darauf, wie Bischof Feige auftritt. Herr Kirchner, ich habe Sie noch gut vor meinem inneren Auge,

(Eva von Angern, DIE LINKE: Nein!)

als wir am 26. Januar 2023 am Denkmal „Magda“ standen und der Herr Bischof dort gesprochen hat.

(Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

Ich hatte den Eindruck, Sie versinken dort im Asphalt. Sie wurden immer kleiner.

(Lachen und Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Sie waren gemeinsam mit Ihrem Fraktionsgeschäftsführer auf dem Platz schon fast gar

nicht mehr zu sehen. Der Mann hat Ihnen eine Ansage gemacht und die Trefferwirkung war an diesem Tag deutlich zu bemerken.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Oliver Kirchner, AfD: Die war super!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt vieles, was die Anhänger unterschiedlicher Diktaturen unterscheidet, aber es gibt eines, was sie alle eint, nämlich die Umdeutung von Begriffen. Es geht Ihnen darum - Herr Kirchner, Sie haben es heute gezeigt -, Debatten zu vergiften,

(Oliver Kirchner, AfD: Das machen Sie schon selbst! - Lachen bei und Zurufe von der AfD)

Menschen zu manipulieren und Werteorientierungen umzudrehen. Das folgt immer dem gleichen schlichten Muster. George Orwell hat es in seinem Roman „1984“ als „Neusprech“ bezeichnet.

(Zustimmung - Lachen bei der AfD - Daniel Rausch, AfD: Das macht ihr doch mit der Gender-Sprache! - Unruhe bei der AfD)

Ich will daraus zitieren: „Krieg ist Frieden; Freiheit ist Sklaverei; Unwissenheit ist Stärke“.

(Oliver Kirchner, AfD: Wie bei Herrn Mielke! - Weitere Zurufe von der AfD)

Nach diesem Prinzip wird in Ihrem Antrag aus dem Handlungspaket zum Schutz eines Rechtsstaates ein - Zitat - „Putsch“. Aus dem freiheitlichsten Staat, den es auf deutschem Boden jemals gegeben hat, wird eine - Zitat - „DDR 2.0“

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Unruhe bei der AfD)

und die Gegner dieser Demokratie stilisieren Sie in Ihrem Antrag hoch zu - Zitat - „Dissidenten“. Mit Verlaub, Herr Kirchner, meine Herren von der AfD, das ist so dreist wie blöd.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Was im Roman funktioniert, das funktioniert in einer Demokratie mit aufgeklärten mündigen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern eben noch lange nicht.

(Lothar Waehler, AfD: Die Geschichte wird das irgendwann einmal anders sehen!)

Die zahlreichen Demonstrationen der letzten Wochen beweisen das sehr genau.

(Zurufe von der AfD: Nein, nein! - Ach, nein! - Unruhe)

Wie nervös Sie das macht, das haben Sie heute in Ihrer Rede sehr deutlich herausgearbeitet. Sie arbeiten immer gern mit Umfragen.

(Zurufe bei der AfD)

Ich persönlich halte von solchen Wasserständen nicht sonderlich viel, aber welche Nervosität minus 5 % in einem Monat auslösen, das haben Sie heute hier unter Beweis gestellt.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zurufe von der AfD: Das sagt eine Dreiprozentpartei! - 3 % SPD!)

Ich begrüße ganz ausdrücklich, dass die Bundesinnenministerin mit ihrem Maßnahmenkatalog deutlich macht, dass der Schutz der Demokratie nicht nur Sache der Zivilgesellschaft ist.

(Zuruf von Daniel Roi, AfD - Lachen bei der AfD)

Der Staat nimmt seine Verantwortung zum Schutz der Verfassungsordnung wahr. Die Instrumente der wehrhaften Demokratie werden genutzt, und wenn notwendig, müssen sie auch neu geschärft werden.

(Oliver Kirchner, AfD: Ja! Die Demokratie so hinbiegen, wie man sie braucht!)

Deswegen ist es richtig, Rechtsextremisten zu entwaffnen, und deswegen ist es richtig, genau hinzusehen, welche Finanzströme dort laufen.

(Oliver Kirchner, AfD: Rechtsbeugung, nichts anderes!)

Wenn Sie oder Ihr Ko-Vorsitzender auf einer Veranstaltung um 1,3 Millionen € für seine politische Arbeit wirbt, dann muss man auch darauf sehr genau schauen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das Geld kommt als Nächstes!)

Dass das nötig wird, dazu muss ich sicherlich nicht im Einzelnen ausführen.

(Oliver Kirchner, AfD: „Correctiv“-Finanzierung! Die kommt von der SPD!)

Die Machtergreifungsfantasien der extremen Rechten kennen wir nicht nur aus den kruden

Plänen des Prinzen Reuß und seiner spätgeborenen Reichsbürger, wir hören sie auch in den AfD-Reden bei fast jedem Tagesordnungspunkt hier im Hohen Haus.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Deswegen möchte ich gern einen Aspekt ganz besonders herausgreifen, nämlich Ihre internationale Vernetzung. Es gab diese internationalen Verbindungen schon immer.

(Jan Scharfenort, AfD: Herr Erben weiß Bescheid!)

Heute kumulieren sie jedoch in der Bewunderung für den Diktator und Aggressor Wladimir Putin.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist nicht anders als in den USA, wo Donald Trump Russland ausdrücklich dazu einlädt, europäische Staaten anzugreifen und mit ihnen - Zitat - „zu tun, was auch immer zur Hölle sie wollen“.

Die politische Praxis von Ihnen und Ihren Mitgliedern ist keinen Deut besser, ob es Ihre ständige Polemik gegen die Selbstverteidigung der Ukraine ist, die Reisepläne von Herrn Tillschneider und anderen in die annektierten Gebiete oder aber auch erst jüngst die geschmacklose Bemerkung ihres Parteichefs Chrupalla zum Tod von Nawalny.

(Zustimmung bei der FDP)

Weil Sie die Feindschaft zur freiheitlichen Demokratie mit ihm verbindet, wollen Sie, dass der russische Diktator für seine militärische

Aggression in Europa freie Bahn bekommt. Zu diesen internationalen Vernetzungen gehört natürlich auch, sich mit Ausländern wie Martin Sellner zu verbünden,

(Oh! bei der AfD - Daniel Rausch, AfD: Leute, übertreibt es mal nicht! Mein Gott!)

der in Deutschland gegen Deutschland und seine Verfassungsordnung Wühlarbeit leistet,

(Zuruf von der AfD)

wie unlängst bei der Deportationsberatung bei Potsdam. Dass gegen solche Personen Reisebeschränkungen und ein Einreiseverbot nach Deutschland verhängt werden, das halte ich für eine Selbstverständlichkeit, und nicht für einen Putsch.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Unruhe bei der AfD)

Ich könnte das jetzt an allen 13 Punkten durchdeklinieren.

(Oliver Kirchner, AfD: Genau!)

Bei allen geht es darum, unsere Demokratie wirksam vor ihren Feinden zu schützen. Spätestens durch die Enthüllungen aus der Vertreibungskonferenz am Lehnitzsee ist Ihnen die Maske vom Gesicht gerissen worden.

(Unruhe bei der AfD)

Mit Ihrer Rede, Herr Kirchner, haben Sie das heute gleichfalls unter Beweis gestellt. Ich sage: „Nie wieder ist jetzt!“;

(Oliver Kirchner, AfD: Genau! - Zuruf von der AfD: Nie wieder SPD!)

das gilt nicht nur auf dem Domplatz, das gilt auch in den Parlamenten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Offensichtlich hat Herr Tillschneider das Bedürfnis nach einer Intervention. - Sie haben das Wort.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Den Vorwurf, dumm und dreist zu agieren, kann ich zu 100 % auf Sie zurückwerfen.

(Beifall bei der AfD)

Sie kommen mit George Orwell.

(Lachen bei der AfD)

Aber, wissen Sie, dieser Vergleich hinkt; denn wenn Sie das Buch gelesen hätten, dann hätten Sie gemerkt, dass es dort die Regierung ist, die die Begriffe umdeutet.

(Zuruf von Daniel Roi, AfD)

Die Opposition kann das doch gar nicht. Wir haben doch überhaupt nicht die Macht dazu. Wir haben kein Ministerium und auch kein Wahrheitsministerium.

Dass Sie so überaus empfindlich auf diese SED-Vergleiche reagieren,

(Dr. Falko Grube, SPD, lacht)

das sagt schon sehr viel.

(Jan Scharfenort, AfD: Jawohl!)

Ich finde, die Opposition muss das Recht haben, zu kritisieren,

(Olaf Meister, GRÜNE: Hat sie!)

damit die Regierung unter Kontrolle bleibt. Wenn es der Opposition verboten ist, z. B. eine Regierung mit der DDR-Regierung zu vergleichen,

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist nicht verboten!)

dann könnte sich diese Regierung im Rahmen einer Fehlentwicklung zu einer DDR 2. 0. entwickeln und wäre nicht mehr kritisierbar. Genau das wollen Sie! Denn wenn ich Sie hier stehen sehe - jetzt sage ich einmal ein persönliches Wort - und Sie mit Ihrem - man erlaube mir diesen Anglizismus - Mindset betrachte, dann besteht kein Unterschied zwischen Ihnen heute und dem jungen NVA-Unteroffizier von einst.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wenn Sie wollen, dann können Sie antworten.

Rüdiger Erben (SPD):

Ja, das will ich gern tun. - Erstens, Herr Tillschneider, habe ich nicht von dumm und dreist

gesprochen, sondern von blöd und dreist, aber das nur nebenbei.

(Zurufe von der AfD: Was? - Nein! - Oh! - Olaf Meister, GRÜNE: So viel Zeit muss sein! - Daniel Roi, AfD: 1 : 0 für Herrn Erben! - Zuruf von der AfD: Das klingt gleich ganz anders! - Lachen - Unruhe)

- Wollen Sie nun eine Antwort oder wollen Sie keine?

Zweitens, Herr Tillschneider, gehöre ich zu denjenigen, die die DDR erlebt haben. Ich glaube, das Schicksal teilen wir beide nicht.

(Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD: Gelebt, ja, gelebt! - Weitere Zurufe von der AfD)

Drittens will ich daran erinnern, dass falsche Tatsachenbehauptungen auch hier im Plenarsaal nicht zugelassen sind. Ich bin nie Berufsoffizier der NVA gewesen und ich wollte es auch nicht werden.

(Dr. Andreas Schmidt, SPD: Lügner! Wie immer: gelogen!)

Ich weiß nicht, woher Sie die Erkenntnis haben.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt eine weitere Intervention, und zwar von Herrn Scharfenort. - Herr Scharfenort, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

(Unruhe)

Jan Scharfenort (AfD):

Die heutige Diskussion soll auch dazu dienen aufzuzeigen, wo der Landtag hierbei steht. Denn - das finde ich doch positiv - auch in den Fraktionen der anderen Parteien, auch im Bundestag, mehren sich die Stimmen der Kritiker. Jeder, der sich durchliest, was Nancy Faeser vorhat, der kann diesem Gesetzentwurf als Demokrat niemals zustimmen. Ich hoffe einfach, dass weitere Kritiker aufstehen und ihre Stimme dagegen erheben, so wie es mittlerweile auch viele Staatsrechtler machen. Darum geht es uns heute hier in der Debatte. - Danke.

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie können antworten, bitte.

Rüdiger Erben (SPD):

Sie haben eben von einem Gesetzentwurf gesprochen. Ich kenne keinen Gesetzentwurf.

(Jan Scharfenort, AfD: Nein, die Debatte, aber ist egal!)

Frau Ministerin hat vorhin zutreffenderweise darauf hingewiesen; ich glaube, dass meine Kenntnislage richtig ist; es gibt keinen Gesetzentwurf.

(Jan Scharfenort, AfD: Der wird aber kommen!)

Ich wüsste auch nicht, welcher Staatsrechtler, wie Sie eben gesagt haben,

(Jan Scharfenort, AfD: Rupert Scholz z. B.!)

sich zu einem Gesetzentwurf, den es nicht gegeben hat - -

(Jan Scharfenort, AfD: Rupert Scholz z. B.!)

- Ich glaube, gerade der hat sich bestimmt nicht zu einem Gesetzentwurf geäußert, den es nicht gibt.

(Zustimmung bei der SPD - Jan Scharfenort, AfD: Rupert Scholz z. B.!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann sind wir an der Stelle durch. Wir können zum nächsten Debattenbeitrag kommen, und zwar von Frau Quade für die Fraktion DIE LINKE. - Bitte sehr, Sie haben das Wort.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Henriette Quade (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was liegt uns hier eigentlich vor? - Formal ist das einfach zu beantworten: Es ist ein Antrag der extremen Rechten auf eine Aktuelle Debatte, der einem - Herr Erben hat es richtig ausgeführt - altbekanntes Muster folgt:

(Jan Scharfenort, AfD: Richtig!)

Es wird vermeintliche Sorge um Demokratie vorgetäuscht, jene Demokratie, welche die AfD zerstören will.

(Jan Scharfenort, AfD: Wir wollen mehr Demokratie! Gucken Sie einmal ins Partei-

programm, bevor Sie Angst haben vor dem Souverän!)

Dazu wählt die AfD Formulierungen, die sonst in Reden und Texten genutzt werden, um ihr Agieren zu analysieren, und bringt sie gegen ihre politischen Gegnerinnen und Gegner in Stellung. Dann wird ein Mitglied der Bundesregierung und eine Sozialdemokratin wie Nancy Faeser Faschistin genannt, wie es der AfD-Bundestagsabgeordnete Ziegler jüngst getan hat.

(Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

Dann wird, wer den Rechtsextremismus benennt, zum Demokratiefeind erklärt. Das ist nicht nur eine Strategie, die wir hier schon zigfach erlebt haben, es ist auch eine sehr einfache Strategie. Es ist die Strategie, die jedes Kindergartenkind anwendet, wenn es im Streit sagt: Nein, du!

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nur, meine Damen und Herren, dass sich Kindergartenkinder in aller Regel nicht wünschen, dass die Kinder um sie herum deportiert werden,

(Oh! bei der AfD - Daniel Roi, AfD: Leute!)

dass Kindergartenkinder grundsätzlich sympathisch sind und dass sich Kindergartenkinder nicht bewaffnen und der AfD anschließen, um einen Putsch zu planen.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Das - nur am Rande bemerkt - weist schon darauf hin, dass dieser Landtag von der

Anwesenheit von Kindergartenkindern deutlich mehr profitieren würde als von der Anwesenheit der AfD-Fraktion.

(Beifall und Lachen bei der LINKEN - Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Dr. Katja Pähle, SPD, lacht)

Aber das ist gar nicht mein Punkt. Schauen wir uns noch einmal den Titel dieser Aktuellen Debatte an. Wir lesen von einem „Faeser-Putsch“, der Name der Bundesministerin für Inneres und Heimat verbunden mit dem Wort „Putsch“.

(Lothar Waehler, AfD: Genau!)

In der jüngsten Geschichte finden wir vergleichbare Verbindungen prominent zweimal.

(Guido Kosmehl, FDP: Röhm!)

Historikerinnen und Historiker beschreiben unter anderem mit „Hitler-Putsch“ den Versuch von Nationalsozialisten im Jahr 1923, die Regierung in Berlin zu stürzen. Eben jene Nationalsozialisten erfanden und prägten in ihrer Propaganda elf Jahre später die Rede vom „Röhm-Putsch“, um die Ermordung von mindestens 90 Mitgliedern der nationalsozialistischen Führung vermeintlich zu rechtfertigen.

(Daniel Rausch, AfD: „Rollator-Putsch“ haben sie in der Presse geschrieben!)

Wer heute den Namen eines Politikers oder einer Politikerin mit einem Bindestrich mit dem Begriff „Putsch“ verbindet, der weiß das natürlich. Die extreme Rechte weiß das allemal.

Wir haben die Rede von Herrn Kirchner gehört. Was soll denn hier angedeutet wer-

den? Jede Bezugnahme, jede denkbare Lesart dieses Begriffes ist infam und geschichtsrevisi-onistisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Genau darum geht es. Genau das ist gemeint, wenn wir über Diskursverschiebung reden.

Diese zwei Worte im Titel zeigen die rechts-extreme Propaganda des gesamten Antrags, die er ist. Das allein wäre ein erneuter Tief-punkt für dieses Parlament, aber das ist ja nicht alles.

Gehen wir weg von der Propaganda und hin zu den Fakten, sehen wir unter anderem die ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete Mal-sack-Winkemann in Untersuchungshaft, weil sie mit einer terroristischen Vereinigung einen Staatsstreich vorbereitet haben soll.

(Lothar Waehler, AfD: Soll!)

Wo wird denn also tatsächlich ein gewaltsamer Umsturz geplant? Wo wird denn ein Putsch geplant? - In der extremen Rechten. Deren zentrale Kraft ist diese AfD.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Umsturzpläne, die Zusammenarbeit mit gewalt-bereiten Neonazis, eine Konferenz zur Planung der millionenfachen Vertreibung von Men-schen, die historischen Bezüge schafft die AfD nicht nur in Titeln. Sie schafft sie jeden Tag als Teil ihres Kampfs gegen die Demokratie, gegen die Freiheit, gegen soziale Gerechtigkeit.

Wer sich dagegen wehrt, der findet - und das ist mehr als ein historischer Bezug - Haken-

kreuze an seinem Wohnhaus, wie zuletzt ge-schehen bei der Präsidentin des Landtags von Thüringen,

(Jan Scharfenort, AfD: Aus welcher Ecke das wohl kommt! Hakenkreuze!)

oder der wird mit einem Brandanschlag ange-griffen, wie der Kollege von der SPD-Fraktion in Thüringen Michael Müller.

Der Kampf der extremen Rechten ist ein ge-waltsamer, brutaler Kampf, immer. Volle Soli-darität an dieser Stelle mit den Kolleginnen in Thüringen.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei den GRÜNEN)

In den vergangenen Wochen haben wir aber noch etwas anderes gesehen. Wir haben ge-sehen, wie Hunderttausende Menschen in der gesamten Bundesrepublik und in Sachsen-Anhalt, ob in den großen Metropolen oder in den kleinen Dörfern, auf die Straßen gegan-gen sind, immer und immer wieder, gegen die extreme Rechte, gegen die AfD.

Die AfD hat einmal plakatiert: Vollende die Wende! Tatsache ist, wir haben erst kürzlich in Halle mit 16 000 Menschen die größte De-monstration seit dem Jahr 1989 gesehen, die größte Demonstration, weil kein anderes An-liegen seitdem so viele Menschen auf die Straßen gebracht hat wie die Verteidigung der Demokratie, die Verteidigung der Demokratie gegen die AfD.

(Beifall bei der LINKEN - Jan Scharfenort, AfD: Die Regierung ruft zu Demonstrationen auf! Junge, Junge! Das kennzeichnet autoritäre Regime!)

Viele der Demonstrationen haben auch die Forderung nach einer Prüfung des Verbotes der AfD beinhaltet. Ausgelöst wurden sie auch durch die für alle sichtbar gewordene Vernetzung von AfD, Konservativen und Mitgliedern der Identitären Bewegung. Wer richtigerweise über ein AfD-Verbot nachdenkt, der muss erst recht über ein Verbot der Identitären Bewegung nachdenken.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von Jan Scharfenort, AfD)

Die Bundesinnenministerin muss handeln und die vorhandenen Instrumente auch anwenden; denn schauen wir nun auf das Papier, gegen das die extremen Rechten hier anreden, finden wir darin Punkt 8: rechtsextreme Netzwerke zerschlagen. Doch - und das ist insgesamt das Problem an diesem Papier - das ständige Ankündigen von Maßnahmen kann diese nicht ersetzen. Wo ist, Punkt 10 des Papiers, das Demokratiefördergesetz? Bis heute ist es nicht verabschiedet worden, obwohl wir spätestens seit den NSU-Untersuchungsausschüssen wissen,

(Jan Scharfenort, AfD: Oh!)

wie dringend es gebraucht wird.

Die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen bleiben weiter gefangen in einem Kampf mit der FDP,

(Guido Kosmehl, FDP: Oh!)

die nicht regieren will, sondern es als ihre wesentliche Leistung betrachtet, die anderen vom Regieren abzuhalten.

(Andreas Silbersack, FDP, lachend: Frechheit! - Jörg Bernstein, FDP: Frechheit, Frau Quade!)

Das gilt auch für Punkt 9 des Plans, die Entwaffnung von Rechtsextremisten. Es liegt seit mehr als einem Jahr ein Entwurf des Bundesinnenministeriums vor. Bis heute ist daraus kein Gesetz geworden.

(Guido Kosmehl, FDP: Ja!)

Während Hunderttausende Menschen bundesweit aus Sorge um die Demokratie und die Freiheit dieser Gesellschaft auf die Straße gehen,

(Jörg Bernstein, FDP: Braucht es dann überhaupt ein Gesetz, Frau Quade?)

können sich SPD, FDP und GRÜNE nicht einmal darauf einigen, der extremen Rechten kriegswaffenähnliche Halbautomatikwaffen wegzunehmen.

Meine Damen und Herren! Die Antwort auf diese Demonstrationen wäre nicht die Wiederholung von Ankündigungen überfälliger Maßnahmen durch die Bundesinnenministerin, sondern ihre Umsetzung.

Noch nötiger als Reden von Politikerinnen des Landtags auf den verschiedenen Demos wäre es, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, was hier im Land besser laufen muss, um rechte Gewalt zu ahnden und zu bekämpfen. Wenn z. B. die politische Motivation der schweren Angriffe in Seehausen und die Abwertung und Feindmarkierung der Betroffenen durch die Angreifenden als „Zecken“ vor

Gericht nicht gewürdigt werden und wenn darin kein politisches Motiv gesehen wird, obwohl die Richtlinien zum Umgang mit politisch motivierter Gewalt genau das vorsehen, dann gibt es Handlungsbedarf.

(Zustimmung von Hendrik Lange, DIE LINKE - Jan Scharfenort, AfD: Austeilen und nicht einstecken können!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Hunderttausende machen gerade richtigerweise deutlich, dass es mit der AfD schlichtweg nichts zu verhandeln gibt, dass sie gestoppt und dass ein Verbot ernsthaft geprüft werden muss. Eine adäquate Antwort von uns als Abgeordnete dieses Hauses wäre es auch, sich zu überlegen, ob es wirklich noch angemessen ist, über jede rechtsextreme Propaganda in diesem Haus ausführlich zu debattieren, wie wir es heute auch wieder getan haben.

(Beifall bei der LINKEN - Lothar Waehler, AfD: Was soll denn das für eine Demokratie sein? Wo gibt's denn so was!)

Mit der AfD gibt es nichts zu besprechen, schon gar nicht über den Schutz der Demokratie. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Quade, es gibt eine Frage von Herrn Schumann. Wollen Sie sie beantworten?

(Henriette Quade, DIE LINKE, schüttelt den Kopf - Susan Sziborra-Seidlitz, GRÜNE: Nein!)

- Nein.

Dann gibt es eine Intervention von Herrn Mertens. - Bitte sehr, Herr Mertens.

Christian Mertens (AfD):

Vielen Dank. Ich möchte einfach ganz kurz aus der „Neuen Zürcher Zeitung“ zitieren:

„Der deutsche Staat soll nach Faeser den Moment seines Einschreitens gegen die Bürger deutlich nach vorn verlegen. Der Verdacht, die falsche Gesinnung zu haben, soll ausreichen, um in sein Bankkonto zu schauen, ihm die legal besessene Waffe wegzunehmen oder ihn aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. [...] Die neue Herrschaft des Verdachts hat zudem eine politische Schiefelage. Das ‚rechte Vorfeld‘ wird genauestens vom Verfassungsschutz, dem deutschen Inlandgeheimdienst, beobachtet. Das linke Vorfeld bezieht unterdessen großzügige Förderung vom Staat.“

Frau Quade, uns ist allen bekannt, dass Sie eine großzügige Förderin und Unterstützerin des linken Vorfelds sind und dass Sie jeden, der das in irgendeiner Art und Weise bedenklich findet, als Rechtsextremisten oder dergleichen kritisieren, jeden, der versucht, den Diskurs zumindest ein wenig in die Mitte zurück zu verschieben, nachdem Leute wie Sie jahrzehntelang darauf hingearbeitet haben, diesen in die linksextreme und linksradikale Ecke zu verschieben und auch den Staat in diese Richtung zu bewegen. Das verwundert mich tatsächlich in keiner Weise.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann sind wir auch hiermit durch. Wir kommen zum nächsten Redebeitrag. Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kosmehl. - Sie haben das Wort, Herr Kosmehl.

Guido Kosmehl (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist heute eine Debatte. Ich will an der Stelle, bevor ich einige inhaltliche Dinge sagen will, auf die Vorredner reagieren und für die Freien Demokraten ankündigen, Frau Quade, wir werden jede Möglichkeit zur Diskussion und zur Debatte in diesem Hohen Haus nutzen. Also, ich glaube, der Aufruf zu schweigen hilft nicht weiter, sondern im Gegenteil: Wir müssen in unseren Redebeiträgen die Unterschiede deutlich machen. Jedenfalls versuche ich das in meinem Redebeitrag.

(Zustimmung bei der FDP)

Frau Quade, ich kann Ihre Anwürfe gegen die FDP-Bundestagsfraktion bzw. die Mitglieder der Bundesregierung nicht nachvollziehen. Ich muss ganz ehrlich sagen, seit der ersten Vorlage des Demokratiefördergesetzes hat sich die FDP-Bundestagsfraktion konstruktiv an den Beratungen beteiligt. Es liegt eine ganz einfache Lösung auf dem Tisch. Wenn das Gesetz die sogenannte Extremismusklausel enthält, dann können wir sofort zustimmen. Dass jemand, der öffentliche Mittel bekommt, ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Abgrenzung zu Antisemitismus und extremistischen Bestrebungen abgibt, das darf man doch wohl verlangen, wenn man öffentliche Mittel bekommt

(Beifall bei der FDP - Zustimmung von Detlef Gürth, CDU, und von Christian Albrecht, CDU)

und eben auch dauerhaft institutionell gefördert werden will. Ich halte das für sinnvoll.

Darüber hinaus - das ist, glaube ich, das, was der Kollege Bernstein in einem Zwischenruf gesagt hat -: Demokratie wird nicht durch Demokratieförderung plötzlich woke. Demokratie und das Eintreten für Demokratie entstehen dann, wenn die Menschen überzeugt davon sind, dass genau diese Demokratie für ihren Lebensentwurf, für ihr Verhalten und für ihre Umwelt richtig und wichtig ist. Deshalb engagieren sich Menschen ehrenamtlich für Demokratie, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich komme zu Herrn Kirchner. Herr Kirchner, diese Rede war selbst für Ihre Verhältnisse - wir sind einiges gewöhnt - unterirdisch. Also, ich habe mir beim Zuhören notiert, dass ich Sie vielleicht einmal darauf hinweise, dass das hier der Landtag von Sachsen-Anhalt in Magdeburg ist und nicht der Sportpalast, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und bei der SPD - Oh! bei der AfD)

Die Art und Weise, wie Sie über sämtliche Institutionen, ob politische Parteien, Vertreter von Verfassungsorganen oder Kirchen, mit einer Häme und abwertenden Haltung gesprochen haben, ist etwas, das, glaube ich, nicht in den Landtag gehört,

(Zustimmung von Detlef Gürth, CDU)

wenn man als Fraktion selber gern über Rechts extremismus sprechen will.

(Daniel Rausch, AfD: Sie sprechen doch auch so über uns! Was soll denn das?)

- Ich spreche nicht so über Sie, Herr Rausch.

(Daniel Rausch, AfD: Aber die Kirchen schon!)

Also, ganz ehrlich, Ihre Zwischenrufe - ich sitze leider etwas näher bei Ihnen - sind manchmal so an den Haaren herbeigezogen.

Wenn Sie sich damit beschäftigen, dann sage ich das auch einmal: Die Einstufung der AfD und übrigens auch der Jungen Alternative als gesichert rechtsextrem bedeutet nicht, dass jedes Mitglied gesichert rechtsextrem ist. Es zeigt aber, dass die Partei gesichert rechtsextrem ist.

(Zuruf von der AfD: Schrei nicht rum!)

Deshalb: Jeder, der dann noch in der Partei bleibt, muss es sich eben gefallen lassen, dass es Mitglieder Ihrer Partei gibt, Führungskräfte Ihrer Partei, die eben rechtsextremistisch sind.

(Zuruf von der AfD: Schrei nicht rum!)

Und die werden wir bekämpfen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Unruhe bei der AfD)

und zwar mit den Mitteln der Demokratie,

(Zuruf von der AfD)

mit den Mitteln des Rechtsstaats.

(Zuruf von der AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Deshalb komme ich jetzt auch zu dem Thema,

über das Sie eigentlich reden wollten, das Sie zumindest angemeldet hatten, aber über das Sie nicht geredet haben.

(Zuruf von der AfD: Habe ich!)

Jetzt kommen wir einmal zu dem Papier der Bundesinnenministerin. Frau Ministerin Zieschang hat bereits gesagt, dass das keine neuen Vorschläge seien. Zum Teil wird auch im Papier darauf hingewiesen, dass man bestimmte Maßnahmen, z. B. im Bereich Sport, auf den Weg gebracht hat.

(Zuruf von der AfD)

Deshalb werden wir uns auch mit den Vorschlägen auseinandersetzen. Zu einem Vorschlag, der Verschärfung des Waffengesetzes, gibt es in der Koalition unterschiedliche Meinungen, und deshalb wird eine Verschärfung des Waffenrechts nicht kommen.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung von Markus Kurze, CDU)

Natürlich kann ich der Bundesinnenministerin nicht verbieten, dies weiter als Vorschlag auf den Tisch zu legen. Aber nicht jeder Vorschlag der Bundesinnenministerin wird automatisch Gesetz.

Und deshalb, Frau Kollegin Quade, müssen auch Sie an Ihrem Demokratieverständnis ein Stück weit arbeiten. Denn nicht die Bundesinnenministerin setzt etwas um, sondern das gewählte Parlament, der Deutsche Bundestag beschließt Gesetze. Deshalb kann eine Bundesinnenministerin natürlich trotzdem gerne Vorschläge machen.

Zum Demokratiefördergesetz habe ich bereits aus der Sicht der Freien Demokraten etwas

gesagt. Wir glauben, dass Demokratieförderung unter Umständen auch durch ein Gesetz begleitend helfen kann, aber nur, wenn diejenigen, die wir fördern, sich ganz klar gegen extremistische Bestrebungen aussprechen und für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten.

(Zuruf von der AfD)

Das können Sie auch innerhalb eines Förderantrags entsprechend erklären. Diese verpflichtende Erklärung ist für uns Freie Demokraten notwendig und wichtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt weitere Vorschläge. Auch da weiß ich, dass die Diskussionen bei den Innenpolitikern sehr weit auseinandergehen. Die Frage ist: Ist es wirklich hilfreich, dem Bundesamt für Verfassungsschutz noch weiter abgesenkte Möglichkeiten zu geben, um z. B. an Kontostammdaten zu kommen, dass wir also nicht mehr von einem konkreten Verdacht her kommen, sondern von einem Gefährdungspotenzial?

Das birgt viele Unsicherheiten, für die wir in der Vergangenheit, wenn wir an das Polizeirecht denken, durchaus schon einmal Stoppzeichen von den Gerichten bekommen haben, weil diese gesagt haben: Nein, wir brauchen für so einen schwerwiegenden Eingriff eine entsprechende Rechtfertigung. Deshalb kann nicht jede mögliche Gefahrenprognose ausreichend sein, um mit solchen Mitteln Informationen zu gewinnen.

Deshalb müssen wir uns inhaltlich damit auseinandersetzen. Aber auch das können wir eigentlich erst, wenn ein Vorschlag einmal auf den Tisch kommt. Deshalb ist es gut, wenn die Bundesinnenministerin immer wieder Vor-

schläge auf den Weg bringt und sagt, dass dies Möglichkeiten sein könnten. Dann sollen diejenigen, die ein echtes Interesse daran haben, dass wir Extremismus bekämpfen, dass wir gegen Extremismus vorgehen, unseren Sicherheitsbehörden die Möglichkeit geben, gegen extremistische Bestrebungen vorzugehen.

Ob von rechts, ob von links, ob islamistisch oder anderweitig - Extremismus ist ein Grundübel und eine Gefahr für die Demokratie. Den zu bekämpfen, ist Aufgabe aller Demokraten.
- Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe hierzu keine Fragen. Dann können wir zum nächsten Redebeitrag kommen, und der kommt von Herrn Striegel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Putsch gegen Grundrechte“ las ich und dachte mir: Na ja, wenn sich irgendjemand mit einem gewaltsamen Versuch, mit einer militärischen oder paramilitärischen Gruppierung eine Regierung zu stürzen, auskennt, dann die rechtsextreme Truppe der AfD hier im Hause.

(Lachen bei der AfD - Zuruf von Jan Scharfenort, AfD)

Denn gegen Putsche haben Sie ja eigentlich gar nichts; Sie führen ja jeden Tag den Kampf

gegen demokratische Werte und unsere Verfassung.

(Zuruf von der AfD)

Ich darf erinnern: Eine ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete, die vor einer Woche noch auf dem Wahlzettel zur Wiederholungswahl des Deutschen Bundestags stand, sitzt aktuell in Untersuchungshaft,

(Zuruf von der AfD)

weil sie durch den Generalbundesanwalt beschuldigt wird, mit weiteren Rechtsextremisten unter Inkaufnahme von Toten einen Putsch geplant zu haben. Das ist besuchswürdig - finden drei Mitglieder Ihrer Bundestagsfraktion. - Was ist das denn? Der Arbeitskreis der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige in der AfD-Fraktion?

Falls Sie nach historischen Begebenheiten für einen Putsch suchen, schauen Sie auf die Ereignisse im März 1920, als im Kapp-Putsch Mitglieder der Reichswehr die noch junge Republik umzustürzen suchten, oder auf das Jahr 1923 - hier schon erwähnt - als am 8. und 9. November Hitler und Ludendorff erfolglos versuchten, vom Bierkeller an die Macht zu gelangen. Das waren Umsturzversuche.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Versuch, die notwendige Debatte um staatliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten zu diffamieren, erinnert an ein kleines Kind am Holzsteckwürfel - die Kindergartenkinder waren heute schon ein Thema -, wenn es versucht, das rechteckige Holz durch die dreieckige Öffnung

zu drücken: Es wird nicht klappen, meine Damen und Herren.

Sie müssen sich einmal entscheiden: Wollen Sie wieder einmal empört aufstehen und rumschreien, wenn jemand die AfD - Meinung oder überprüfbare Tatsachenbehauptung - als rechtsextrem bezeichnet, oder sich in gespielter Empörung auf die Bundesinnenministerin stürzen, die endlich ihren Job macht und staatliche Instrumente gegen Verfassungsfeinde schärft?

Meine Damen und Herren! Nazi sein heißt, Probleme kriegen - dahin müssen wir endlich wieder kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN)

Ihr rechtsextremer Kampf gegen die verfassungsmäßige Ordnung kann sich nicht auf den Schutz der selbigen stützen. Demokratie in unserem Land ist wehrhaft. Der nun vorgestellte Maßnahmenkatalog der Bundesinnenministerin ist die schnelle, weil auch in Teilen gleiche Antwort aus dem Jahr 2022 auf die stetig wachsende Gefahr durch Rechtsextremisten. Ich halte ihn grundsätzlich für richtig, und es ist wichtig, dass wir konkrete Fortschritte im Kampf gegen Verfassungsfeinde machen. Das betrifft insbesondere ihre Finanzierung.

Ich weiß, das ist heute auch sehr deutlich geworden: Die AfD ist in diesen Tagen nervös. Denn gerade stürzt ihr über Jahre sorgsam aufgebautes Lügengebäude in sich zusammen. Das Volk steht gar nicht hinter Ihnen,

(Lachen bei der AfD - Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

nicht einmal, wenn sie AfD-Demos bei Tiktok erfinden.

Mehr als 3,7 Millionen Menschen sind seit den Veröffentlichungen von „Correctiv“ überall in Deutschland gegen Ihre Deportationspläne auf die Straßen gegangen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Zuruf von der AfD)

Überall, auch in Sachsen-Anhalt, haben sie für unsere Demokratie demonstriert: in Salzwedel, in Gardelegen, in Tangerhütte, in Burg, in Magdeburg, in Schönebeck, in Osterode, in Stapelburg, in Wernigerode, in Halberstadt, in Blankenburg, in Quedlinburg, in Aschersleben, in Dessau, in Wittenberg, in Bitterfeld, in Halle, in Sangerhausen, in Schkopau, in Schnellroda, in Weißenfels, in Naumburg und in Zeitz. Am Wochenende werden wir in Merseburg auf die Straße gehen.

(Unruhe bei der AfD - Zuruf von Daniel Roi, AfD)

Immer dabei sind auch die von Ihnen so geschmähten Kirchen, Christinnen und Christen, die mehr Sorge - unser Bischof hat es gesagt -

(Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

vor Entmenschlichung haben als vor einer scheinbaren Überfremdung.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

3,7 Millionen Menschen - eine Demokratiebewegung, die überall zeigt: Von einer rechts-extremen Minderheit werden wir unser Land nicht kaputt machen lassen;

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Lachen bei der AfD)

eine Demokratiebewegung, die zeigt: Deutschland ist ein vielfältiges Land; eine Demokratiebewegung, die nicht hinnimmt, dass politische Ideen von der Ungleichheit der Menschen wieder Fuß fassen. Deutschland hat von Nazis immer noch genug und wird auch immer genug haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Unsere Demokratie ist neutral gegenüber den unterschiedlichsten politischen Überzeugungen. Sie sichert jedem und jeder das Recht zu, sich politisch zu betätigen und für seine oder ihre Interessen zu streiten. Doch auch diese weitgehenden Freiheitsrechte gelten nicht grenzenlos.

Der Staats- und Verfassungsrechtler Karl Löwenstein, der selbst vor den Nationalsozialisten in die Vereinigten Staaten floh, drückt es so aus - ich zitiere -:

„Bei dem Versuch, der totalitären Bedrohung seiner eigenen Werte und seiner Existenz schlechthin zu begegnen, sieht sich der konstitutionell-demokratische Staat vor das größte Dilemma seit seiner Entstehung gestellt. Entschließt er sich, Feuer mit Feuer zu bekämpfen und den totalitären Angreifern den Gebrauch der demokratischen Freiheiten zur letztlichen Zerstörung aller Freiheiten zu verwehren, handelt er gerade den Grundsätzen der Freiheit und Gleichheit zuwider, auf denen er selbst beruht. Hält er aber an den demokratischen Grundwahrheiten auch zugunsten ihrer geschworenen Feinde fest, setzt er seine eigene Existenz aufs Spiel.“

Er begründete damit die Idee der wehrhaften Demokratie. Die Demokratie zeigt sich intolerant gegenüber denen, die versuchen, sie zu beseitigen. Es ist ein absolutes, ein illiberales Element in einer ansonsten liberalen Demokratie.

Doch es ist eben keine Begrenzung der politischen Meinung; es ist eine Begrenzung illiberaler Auffassungen, nach denen die Menschenwürde, eines unserer Grundrechte, in ihrem Menschenwürdekern abgeschafft, nach denen unser föderaler Staatsaufbau abgeschafft, nach denen die grundlegendsten Prinzipien unseres Staates, das Demokratieprinzip und das Rechtsstaatlichkeitsprinzip, angetastet werden sollen. Die wehrhafte Demokratie schützt nicht per se ihre Institutionen. Sie schützt die grundlegendsten Elemente, die eine Demokratie für ihre Existenz benötigt.

Zum Positionspapier der Bundesinnenministerin möchte ich noch anführen: Ich teile ihr Ansinnen, die Resilienz der Demokratie zu stärken. Da, wo zentrale Verfassungsorgane offen und ungeschützt vor einer möglichen Aushöhlung liegen, müssen wir diese stärken und schützen.

Neben dem Aufstand der Anständigen braucht es eben auch den Anstand der Zuständigen. Es braucht eine Kultur des Hinschauens und Handelns im öffentlichen Dienst. Unsere Regelwerke und Gesetze bieten hier bereits eine Vielzahl von Möglichkeiten, auch Verfassungsfeinden zu begegnen. Wir müssen sie aber konsequent nutzen.

Auch als Land sollten wir unsere kommunalaufsichtsrechtlichen Möglichkeiten nutzen und stärken, um einerseits einem allgemeinen

Laissez-faire und andererseits rechtswidrigem Fehlverhalten im Einzelnen entgegenzutreten.

Rechtsextreme mögen - ich glaube, das zeigen die Ereignisse der letzten Wochen - keine Mehrheit in der Bevölkerung haben. Unter libertären Millionären und in Putins Russland scheint es aber doch den einen oder anderen Unterstützer zu geben.

Ich halte es für zentral, rechtsextremistischen Netzwerken die Geldhähne abzudrehen und sie zu zerschlagen. Verzweigte Stiftungen, die Geldverschleierungsmaschine Schanze Eins oder der Verein „Ein Prozent“ - es zeigt sich doch immer wieder, dass große Geldsummen hinter den rechtsextremen Netzwerken stecken, die Desinformation finanzieren mit dem Ziel, unsere Demokratie zu destabilisieren. Dass die AfD bei diesen Punkten laut aufschreit, kann ich nachvollziehen. Sie sind ja Teil, originärer Teil dieser Netzwerke.

(Zustimmung von Susan Sziborra-Seidlitz, GRÜNE - Zuruf von der AfD)

Erstens. Offenbar sind diese rechtsextremen Vorfeldorganisationen auch wichtige Netzwerke, um Geldgeberinnen für Sie zu akquirieren. Das zeigen auch die Recherchen zu dem Treffen in Potsdam. Dort soll der Vorsitzende Ihrer Fraktion um Spenden in Höhe von 1,3 Millionen € für den Wahlkampf in Sachsen-Anhalt geworben haben.

Zweitens. Rechtsextreme Vereinigungen wie die „Identitäre Bewegung“, „Die Heimat“, die „Freien Sachsen“ oder die Reichsbürgerbewegung sind trotz formalistischer Unvereinbarkeitserklärung reger Anlaufpunkt für Ihre Parteimitglieder.

(Zuruf von der AfD)

Und wir müssen ergänzen, dass auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die Kulturinstitutionen in unserem Land weiterhin die ausreichende Sicherung für die Erfüllung ihres Auftrags und die Gewährleistung ihrer Freiheit bekommen. Wenn ich höre, dass die AfD dem Theater in Eisleben die öffentliche Förderung streichen will,

(Zuruf von der AfD: Ja!)

weil Mitarbeiter*innen auf einer Demonstration ein Banner hochhalten, auf dem „Demokratie, Toleranz, Vielfalt und Menschenwürde“ steht, dann lässt das doch tief blicken.

(Beifall bei den GRÜNEN - Unruhe bei der AfD)

Dieses Plakat ist nicht mehr, aber auch nicht weniger als das Bekenntnis zu den Grundwerten unseres Landes. Daraus lässt sich noch nicht einmal eine politische Meinung erkennen. - Entschuldigen Sie einmal, wovon fühlen Sie sich denn hier bedrängt? Wo fängt denn bei Ihnen die Intoleranz gegenüber unseren Institutionen an? Wo hört bei Ihnen denn Ihre Betroffenheit eigentlich auf?

Sie gleichen einer Mimose im Wind, die sich bei der leichtesten Berührung verletzt gibt und sich verschließt. Sie haben Ihr ständiges Opfer-narrativ überzogen; es verfängt nicht mehr; es ist auserzählt. Durch unser Land geht momentan ein frischer Wind des Aufbruchs, des gestärkten demokratischen Bewusstseins und der Besinnung auf unsere Freiheitsrechte. Machen wir die Fenster auf! Lassen wir ihn herein! Nie wieder ist jetzt!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Offensichtlich gibt es dann doch noch eine Intervention von Herrn Tillschneider. - Bitte, Herr Tillschneider.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Zu dieser Theatergeschichte noch einmal ganz grundsätzlich: Es besteht kein Anspruch darauf, gefördert zu werden. Nur weil man die Förderung versagen will, greift man noch nicht in die Kunstfreiheit ein. Wenn ein Theater als Institution - ich spreche nicht davon, dass die als Privatpersonen auf einer Demo waren - sich bei dieser Demonstrationswelle gegen die AfD beteiligt - das können sie ja machen -, dann soll es doch bitte nicht erwarten, dass wir uns für dessen Förderung aussprechen. Wenn man uns sozusagen vor das Schienbein tritt, dann kann man doch nicht erwarten, dass wir dann sagen, wir schmeißen euch das Geld hinterher.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie können antworten, Herr Striegel.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Sehen Sie, Herr Tillschneider, Sie haben das mit der Kunstfreiheit nicht verstanden.

(Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD: Doch!)

Es gibt in diesem Land eine Menge Theater, die vermutlich auch kritisch auf grüne politische Vorhaben gucken,

(Guido Kosmehl, FDP: Nee! - Lachen bei und Zurufe von der AfD)

die die SPD oder die CDU für Dinge kritisieren. All denen steht diese Freiheit zu. Ich bin froh, dass wir Theater finanzieren und dort keine Inhaltskontrolle durchführen. Das zeichnet nämlich einen freiheitlichen Staat aus.
- Herzlichen Dank.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wir kommen zum letzten Debattenbeitrag der Fraktionen. Herr Schulenburg hat das Wort für die CDU-Fraktion. - Sie haben das Wort, bitte sehr.

Chris Schulenburg (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Der geneigte Leser des Maßnahmenpaketes fragt sich natürlich als Erstes, was ist denn aus dem großen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus, den Frau Faeser bereits 2022 vorgestellt hat, geworden.

Jetzt werden teilweise die gleichen Forderungen in eine neue Öffentlichkeitskampagne gesteckt - im Kern nicht Neues und nichts Konkretes. Wo sind denn wichtige Maßnahmen, z. B. die Speicherpflicht von IP-Adressen oder die Onlinedurchsuchung? Das wäre ein großer Wurf im Kampf gegen Extremismus gewesen. Aber gehen wir einmal in die einzelnen Maßnahmen hinein.

Erstens. Resilienz der Demokratie stärken. - Das hört sich erst einmal hochtrabend an. Wenn es um etwas Konkretes geht, formuliert man lieber einen Prüfauftrag. Man will prüfen, welche Instrumente der wehrhaften Demokratie

sinnvoll genutzt oder nachgeschärft werden können, um die Verfassungsordnung vor Gefahren zu schützen.

Zweitens. Am besten gefällt mir dieses Paket „Ganzheitlicher Ansatz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus“. Darin schreibt man tatsächlich, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz die Datenübermittlungsbefugnisse verstärkt nutzen wird. Man formuliert eine Selbstverständlichkeit in diesem Papier.

(Zustimmung bei der CDU)

Es ist verdammt noch einmal deren Aufgabe, die Befugnisse, die das Parlament gegeben hat, zu nutzen. Das ist nicht wirklich etwas Neues.

Schön ist auch die Aussage, man wolle Landesbehörden sensibilisieren.

(Guido Kosmehl, FDP, lacht)

Darauf haben unsere Landesbehörden, die Sicherheitsbehörden unseres Landes tatsächlich gewartet.

(Guido Kosmehl, FDP: Das kann aber nicht schaden!)

Drittens. Finanzquellen rechtsextremistischer Netzwerke austrocknen. - Wir sind wirklich gespannt, was bei der avisierten Reform des Nachrichtendienstes tatsächlich herauskommt. Denn es reicht eben nicht aus, die Finanzquellen nur trocken zu legen, sondern man muss auch die Finanzströme und die Verknüpfungen im Bereich der organisierten Kriminalität aufdecken. Dafür brauchen wir gute Befugnisse.

Viertens. Transnationale Netzwerke stören. - Auch hier nur ein Hinweis auf schon rechtlich

mögliche Ein- und Ausreiseverhinderungen und Aufenthaltsverbote. Es wäre ratsam gewesen, an dieser Stelle z. B. näher auf die Stärkung und Erweiterung von Befugnissen von Europol einzugehen.

Fünftens. Hass im Netz bekämpfen. - Es heißt, die bereits gut etablierte Struktur der zentralen Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet des BKA, ZMI, sei zu nutzen und weiter auszubauen. Kein Wort davon, dass Hass, Hetze und Gewalt im Internet meist nicht von Amts wegen verfolgt werden und verfolgt werden können, da es sich um Privatklage- und Antragsdelikte handelt.

Sechstens. Ausländischer Einflussnahme und Desinformation entgegenwirken. - Das BMI will eine Früherkennungseinheit aufbauen, um früh und selbstständig Desinformationen zu erkennen. Der Fakt allein ist ja schon fast eine Desinformation.

(Detlef Gürth, CDU, lacht)

Das ist nämlich wie bisher wenig Konkretes. Wer soll es denn machen? Verwaltungsmitarbeiter im Ministerium, im BKA, in der Bundespolizei, im Verfassungsschutz, eine neue Behörde? - Mehr Fragen als Antworten zu diesem Punkt.

Siebtens. Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst entfernen. - Hiermit will man nicht die Demokratie stärken, sondern die Rechtsstaatlichkeit abschaffen.

(Andreas Schumann, CDU: Ja!)

Um eine deutliche Beschleunigung der Verfahren zu erreichen, sollen künftig alle Disziplinarmaßnahmen gegen Beamte einschließlich der statusrechtlichen Entfernungen und andere

statusrelevante Disziplinarmaßnahmen durch Disziplinarverfügungen ausgesprochen werden. Disziplinarverfahren vor Gericht sollen entfallen. Wenn es im Einzelfall eine klare Beweislage dafür gibt, dass es sich bei dem Beamten um einen Verfassungsfeind handelt, dann sind in unserem Staat unabhängige Gerichte zuständig und keine politischen Akteure in den Behörden und Ministerien.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP)

Das ist ein Schlag gegen den öffentlichen Dienst. Man braucht sich doch nur einmal den Fall des geschassten BSI-Chefs Schönbohm anzuschauen.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Es reicht ein Böhmermann-Bericht im ZDF aus und schon wird der Beamte vor die Tür gesetzt. So wird es dann vielleicht in der Praxis aussehen.

(Zuruf von Jan Scharfenort, AfD)

Achtens. Rechtsextreme Netzwerke zerschlagen. - Wieder ein Hinweis auf bestehendes Recht. Man will zukünftig weitere Vereinsverbote prüfen. - Na, herzlichen Glückwunsch, das ist nicht wirklich etwas Neues in unserem Land.

(Guido Kosmehl, FDP: Haben wir schon ausgesprochen!)

Ja, aber es ist doch nichts Neues, sehr geehrter Herr Kosmehl.

Neuntens. Rechtsextremisten konsequent entwaffnen. - Fakt ist, dass die größte Gefahr von

illegalen Waffen und nicht von legalen Waffen ausgeht.

(Beifall bei der CDU, bei der AfD und bei der FDP - Zuruf von der AfD: Richtig!)

Illegale Waffen sollte man verstärkt in den Fokus rücken. Für Schützen und Jäger brauchen wir keine politischen Generalverdächtigungen in diesem Land.

(Zustimmung bei der CDU, bei der AfD und bei der FDP - Lothar Waehler, AfD: Endlich mal vernünftig!)

Dafür, dass eine Person tatsächlich rechts-extremistisch ist, müssen belastbare Tatsachen vorliegen. Ein Verdacht oder gelegentlich populistische Äußerungen reichen eben nicht aus. Andernfalls erhält man vor Gericht nämlich eine Klatsche und der vermeintliche Rechts-extremist feiert sich als Opfer des Staates. Für den Entwurf zur Reformierung des Waffenrechts - der Kollege sagte es schon - gibt es gar keine Einigung. Warum schreibt man das also als neue große Maßnahme in dieses Paket hinein?

Zehntens. Demokratieförderung stärken. - Zunächst einmal müssen wir mit den zur Verfügung stehenden Steuermitteln die Kernaufgaben des Staates absichern. Dass es haushaltspolitische Fehlstellungen gibt, haben wir durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erlebt. Irgendwelchen Vereinen das hart erarbeitete Steuergeld in den Rachen zu werfen, nach dem Motto, macht mal ein bisschen Demokratie in diesem Land, funktioniert eben nicht.

(Beifall bei der CDU)

Es sind freiwillige Aufgaben. Grundsätzlich müssen wir uns fragen, was wir uns überhaupt noch leisten können und was Priorität in unserem Lande hat. Wenn jetzt wieder auf der Ebene der Staatssekretäre neue Ansätze entwickelt werden sollen, dann habe ich schon meine Bauchschmerzen.

Elftens. Sport mit Haltung gegen Rechtsextremismus. - In diesem Punkt geht es wieder um Steuergelder für Förderprogramme und Forschung sowie um den neuen Vereinspreis „Sport mit Haltung“. Anstatt neue Förderprogramme aufzulegen, brauchen wir eine gute Zusammenarbeit und Vernetzung mit den lokalen Sicherheitsbehörden. Die deutsche Interpretation der europäischen Datenschutzverordnung ist vorrangig Täterschutz und nicht Opferschutz. Sie verhindert oftmals Prävention und Gefahrenabwehr. Das wird gerade in den Bereichen Kinder- und Jugendschutz und auch im Bereich sexueller Missbrauch besonders deutlich.

Zwölftens. Antisemitismus entgegenzutreten. - Nach dem Überfall der Hamas auf Israel erleben wir einen erstarkten Antisemitismus auf unseren Straßen. Wirklich helfen würde es, wenn wir jede Form von Antisemitismus bekämpfen, egal von links, von rechts oder den importierten Antisemitismus.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung bei der AfD)

Dazu muss man in der Migrationspolitik so einiges ändern.

Zu guter Letzt. Angegriffenen Demokraten und Demokraten den Rücken stärken. - Man verweist an dieser Stelle lediglich auf die neu

gegründete Ansprechstelle zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträger, die lediglich eine Lotsenfunktion hat, aber keine Sicherheit bietet.

Auf den direkten Austausch in Form eines dauerhaften Dialogformates wird auch noch einmal hingewiesen. - Na, herzlichen Glückwunsch. Kein Wort darüber, dass Strafverfahren wegen mangelnden öffentlichen Interesses oder wegen Geringfügigkeit eingestellt werden. Da hätte man ansetzen können.

Also nichts Neues im Kern. Das zieht sich ein bisschen wie ein roter Faden durch dieses gesamte Maßnahmenpaket. Ein schönes Hochglanzpapier, oder, wie es mein ehemaliger geschätzter Kollege aus der Lutherstadt Wittenberg Frank Scheurell immer sagte: Haarwasser ohne Duft.

(Matthias Büttner, Staßfurt, AfD, lacht)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der AfD und bei der FDP)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie wollen noch einmal sprechen, Herr Kirchner? - Gut, in Ordnung. Dann hat Herr Kirchner noch eine Redezeit von drei Minuten zum Ende der Aktuellen Debatte.

Oliver Kirchner (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrte Frau Innenministerin, wir sprechen bei dieser Debatte nicht über uns selbst. Wir sprechen über

Sie, die den Verfassungsschutz hier in die Spur schießt, um eine Opposition zu unterwandern, wie es in keinem anderen Land der Welt passiert.

(Dr. Falko Grube, SPD, lacht - Zuruf von der SPD: Gehen Sie mal nach Russland!)

Sie missbrauchen eine Behörde und Sie nutzen sie auch. Ich muss einmal Folgendes sagen: Wer 3 % SPD in Sachsen verzeichnen lässt und sieht, dass der Verfassungsschutz Telefone abgehört, bespitzelt und verwanzt, um sich eine Wahlkampfstrategie aneignen zu können, wie die AfD verfährt, bei 35 % für die AfD --

3 % überwachen 35 % Volkspartei, schmieren sich in die Wahlkampfstrategie hinein und haben einen Plan, was man dagegen machen muss. - Das ist ein Eingriff in die Wahl und das ist auch ein Eingriff in das freie Mandat.

Ich muss es ganz ehrlich sagen: Der VS diskreditiert sich selbst damit und er delegitimiert sich auch selbst damit, indem er unterwandert, zersetzt und bespitzelt.

(Beifall bei der AfD)

Zur SPD. Herr Erben, ich verstehe schon, dass nicht jedermann komplexe politische Inhalte sinnerfassend verstehen kann.

(Dr. Falko Grube, SPD: Viel Selbstkritik! - Eva von Angern, DIE LINKE: Hat er das abgelesen?)

Aber ich sehe es Ihnen nach. Zu der LINKEN bleibt nur ein Satz zu sagen: Schade, Genossin Quade. Zur FDP: Herr Kosmehl, wer schreit, hat bereits verloren.

(Lachen bei der SPD - Hendrik Lange, DIE LINKE: Dann sind Sie doch auf der Verliererstrecke! - Zuruf von Guido Kosmehl, FDP)

Zu Herrn Striegel bleibt mir nur ein Satz zu sagen. Man müsste Herrn Striegel eigentlich mal die Frage stellen, ob er den Spruch kennt, wer nur Stroh im Kopf hat, fürchtet zu Recht den Funken der Wahrheit. - Einfach mal nachdenken über diesen Spruch, Herr Striegel.

(Beifall bei der AfD)

Sie führten die Kirche an. 1,1 Millionen Gläubige sind im letzten Jahr aus der Kirche ausgetreten, weil sie es nicht ertragen können,

(Matthias Büttner, Staßfurt, AfD: Die müssen alle beobachtet werden!)

dass Pfaffen Politik machen. Das ist einfach so.

Ich muss auch ein Lob aussprechen. Herr Schulenburg war der einzige, der sich mit dem 13-Punkte-Plan überhaupt beschäftigt hat und dazu ausgeführt hat. In der letzten Minute muss ich aber ein bisschen nachschärfen. Im Zusammenhang mit dem ganzheitlichen Ansatz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus soll ein noch freizügigerer und intensiverer Austausch von Daten vonseiten des Bundesamtes für Verfassungsschutz auch mit Institutionen, mit denen ein solcher bisher nicht erfolgte, erfolgen. Ämter und Stellen außerhalb des VS-Verbundes sollen zum Einschreiten bewegt werden, unter anderem Gewerbeämter hinsichtlich Gaststättenerlaubnisse.

Im Rahmen der Maßnahme „Finanzquellen rechtsextremistischer Netzwerke austrocknen“ gibt es einen Einblick in die Finanzdaten und eine Ausweitung des Bundesverfassungsschutzgesetzes. Es soll eine Lockerung des Bank-

geheimnisses und des Datenschutzes erfolgen. Für das Erheben besonderer Daten und Auskünfte etwa bei Banken, aber auch bei Luftfahrtunternehmen sollen zukünftig die Hürden gesenkt werden. Bislang wurde dafür eigentlich der Terrorismus vorausgesetzt.

Die Maßnahme „Transnationale Vernetzungen stören“ zielt darauf ab, eine Datensammlung und Weiterleitung an die Bundespolizei und an Passbehörden vorzunehmen. Petzportale sollen angeschafft werden. Das ist wirklich DDR-Gesetzgebung, wie ich sie mir besser nicht vorstellen kann.

Dem - das habe ich vorhin gemeint - gilt es entgegenzutreten. Deswegen muss man Frau Faeser auch mit Herrn Mielke vergleichen. - Besten Dank.

(Beifall bei der AfD - Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD: Ja, gut!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Damit sind am Ende des Tagesordnungspunktes angelangt. Ich möchte noch Folgendes sagen: Im Landtag von Sachsen-Anhalt haben wir, was die politische Auseinandersetzung und übrigens auch historische Vergleiche betrifft, inzwischen eine völlig entgrenzte Diskussion. Das ist so. Das ist auch heute seit dem ersten Redebeitrag so gewesen. Ich will versuchen, zumindest an einer Stelle eine Grenze zu ziehen, und zwar dann, wenn es sich dezidiert um persönliche Beleidigungen handelt, die überhaupt gar nichts mehr mit einer politischen Einordnung zu tun haben.

Deswegen, Herr Kirchner, erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf wegen der Bemerkung über Herrn Striegel. Wenigstens an der Stelle könnte

man versuchen, eine Grenze im Umgang miteinander zu finden. Es tut mir leid, offensichtlich ist das nicht möglich. Deswegen erteile ich dafür einen Ordnungsruf. - Danke.

*(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN
- Zustimmung bei der SPD)*

Schlussbemerkungen

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung und auch am Ende der 60. Sitzung angelangt. Die morgige 61. Sitzung beginnt um 9:30 Uhr mit den Beratungen zu den in den Prioritätenblock eingeordneten Tagesordnungspunkten. Die letzte Aufforderung: Bitte allen Kram mit herausnehmen. Der Plenarsaal wird umgeräumt.

Schluss: 11:28 Uhr.

